

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1973

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Bedeutung der Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle

- 237 Der Beitrag setzt die Darstellung über die Strukturwandlungen in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen seit 1961 fort. Das Hauptaugenmerk ist wiederum darauf gerichtet, die Entwicklungstendenzen in den letzten zehn Jahren aufzuzeigen.

Beschäftigung von Frauen

- 243 Das Programm der Volkszählung 1970 erlaubt eine detaillierte Analyse über die Beschäftigung von Frauen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach ihrer beruflichen Stellung und die sich hier seit 1961 abzeichnende Entwicklung.

Regionale Absatzintensität des Einzelhandels

- 249 Die Kombinationsstatistik Einzelhandel/Umsatzsteuer ermöglicht eine Regionalisierung der Absatzintensität des Einzelhandels und gibt zugleich Aufschluß über die wachsende Konzentration, wie sie vor allem in den Großstädten zunehmend spürbar wird.

Bevölkerungsentwicklung 1972

- 254 Mit Hilfe der Wanderungsstatistik und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird auf der Basis der letzten Volkszählung die Bevölkerungszahl fortgeschrieben. Zudem liefern die genannten Statistiken detaillierte Einzelergebnisse über die räumliche Mobilität und das generative Verhalten der Bevölkerung.

Jugendhilfe 1972

- 257 1 972 Minderjährige im Alter von 6 bis 20 Jahren befanden sich in öffentlicher Erziehung, die in zwei von drei Fällen freiwillig beantragt wurde und nur für das restliche Drittel gerichtlich angeordnet werden mußte.

Anhang

- 57* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
63* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Starke Zunahme der Erwerbstätigen in der Automobilindustrie und in den mit ihr verbundenen Branchen

Ein Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1961 und 1970 in einer tieferen wirtschaftssystematischen Gliederung zeigt, daß in der gewerblichen Wirtschaft die höchsten Zuwachsraten von + 60,3 und + 53,9% in der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung und im Straßenfahrzeugbau erreicht wurden, was in erster Linie auf den Bau neuer Reifenwerke, Lastkraftwagenfabriken und Zulieferwerke der Automobilindustrie zurückzuführen ist. Rheinland-Pfalz ist damit in einem sehr viel größeren Umfang an der Automobilindustrie und den mit ihr verbundenen Branchen beteiligt, als dies noch 1961 der Fall war, was für die Zukunft eine weiterhin günstige Entwicklung verspricht, da dieser gesamte Bereich zunächst noch ein erhebliches Wachstumspotential besitzen dürfte. Auch bei den übrigen Wirtschaftszweigen, bei denen die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 sehr stark anstieg, handelt es sich zum Teil um ausgesprochene Wachstumsindustrien. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 237.

Weniger Frauen unter den Erwerbstätigen

Seit 1961 ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 37,4 auf 34,4% gesunken. Diese Abnahme ist jedoch in erster Linie durch Strukturwandlungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen bedingt, die keineswegs als typisch für die gesamte Wirtschaft gelten können. Von ausschlaggebender Bedeutung war, daß die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft und bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Haushalten, den beiden Wirtschaftsabteilungen, in denen der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Ausgangsjahr 1961 mit 57,5 und 80,8% besonders hoch war, seit 1961 um 60,9 und 48,9% abgenommen hat, so daß ihr Anteil bis 1970 auf 48,4 und 66,6% gefallen ist. Wenn in der Land- und Forstwirtschaft die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stärker zurückging als die Zahl der männlichen Erwerbstätigen (— 43,4%), so ist die Ursache darin zu sehen, daß im Rahmen der Bereinigung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur vor allen Dingen die kleineren Familienbetriebe aufgegeben wurden. Gerade in den Kleinbetrieben ist jedoch der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte besonders hoch. Für die Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte erklärt sich der starke Rückgang der weiblichen Erwerbstätigen daraus, daß die Zahl der in privaten Haushalten arbeitenden Hausgehilfinnen um 66,2% abgenommen hat, da einerseits bei den meisten Mädchen und jungen Frauen nur noch ein geringes Interesse an diesem Beruf besteht, und andererseits aufgrund der Lohnsteigerungen die Zahl der Haushalte, die sich eine Hausgehilfin leisten können, ganz erheblich zusammengeschrunft ist. In den anderen Wirtschaftsabteilungen ist der Anteil der Frauen dagegen entweder leicht gestiegen oder er hat sich etwa auf seiner bisherigen Höhe gehalten. Nirgendwo war die Zunahme jedoch so ausgeprägt, daß man von einer grundlegenden Verschiebung der Relationen sprechen kann. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 243.

1972 geringste Bevölkerungszunahme seit Kriegsende

Zum Ende des Jahres 1972 wurde für Rheinland-Pfalz eine Bevölkerungszahl von 3 690 400 festgestellt. Von diesen Personen waren 1 765 800 (47,8%) männlichen und 1 924 600 (52,2%) weiblichen Geschlechts. Mit 9 900 Personen war das Bevölkerungswachstum im Jahre 1972 um 9 700 niedriger als das des Jahres zuvor. Dies bedeutet die geringste absolute und prozentuale Zunahme seit Kriegsende.

Das Bevölkerungswachstum des Landes wird seit einigen Jahren in immer stärkerem Maße von den Wanderungen getragen. Der Beitrag der natürlichen Komponente, also des Geborenenüberschusses, geht dagegen ständig zurück. 1972 leistete die natürliche Bevölkerungsbewegung sogar einen negativen Beitrag: Erstmals seit Bestehen des Landes übertraf die Zahl der Gestorbenen die der Lebendgeborenen. Der Gestorbenenüberschuß von 2 900 Menschen (das ist fast eine Person auf 1 000 Einwohner) wurde jedoch durch den relativ hohen Überschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen in Höhe von 12 800 (+ 3,5 a. T.) mehr als ausgeglichen.

Sehr unterschiedlich verlief die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten auf der einen und in den Landkreisen auf der anderen Seite. Während die kreisfreien Städte als Ganzes gesehen ihre Bevölkerungszahl um lediglich knapp 300 erhöhen konnten, verzeichneten die Landkreise insgesamt eine Zunahme von 9 700.

Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz mit einem Bevölkerungsanstieg von 3 Personen auf 1 000 der Bevölkerung zwar unter dem Bundesdurchschnitt (+ 5 a. T.), rangiert jedoch vor den Stadtstaaten Berlin (— 10 a. T.), Hamburg (— 9 a. T.) und Bremen (— 6 a. T.) sowie vor dem Saarland (— 3 a. T.). ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 254.

Wiederum hohe Getreideernte

Nach vorläufigen Ermittlungen beläuft sich die Getreideernte 1973 in Rheinland-Pfalz auf knapp 1,4 Mill. t. Bei einer um 0,2% eingeschränkten Anbaufläche wurde die Erntemenge des Jahres 1972 nur knapp (— 1,7%) unterschritten. Der durchschnittliche Hektarertrag für Getreide insgesamt (ohne Körnermais) beträgt 37,0 Dezitonnen (dt) gegenüber 37,6 dt im Vorjahr und 35,5 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Sommergerste erbrachte 36,3 dt, Winterweizen 40,1 dt und Winterroggen 35,6 dt je ha.

Damit ist die diesjährige Getreideernte höher ausgefallen, als noch vor wenigen Wochen erwartet werden konnte. Das relativ günstige Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Trockenheit im Juni und Anfang Juli vor allem auf leichten und flachgründigen Böden Notreifeerscheinungen zur Folge hatte und dadurch merkliche Verluste eingetreten sind. Auch im Vergleich zu den übrigen Bundesländern ist die Getreideernte in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig niedrig ausgefallen.

Infolge der hochsommerlichen Witterung im August sind bei der Einbringung der Getreideernte im Gegensatz zum Vorjahr keine nennenswerten Verluste entstanden, was nicht unerheblich zum günstigen Gesamtergebnis beigetragen hat. Ende August war die Ernte auch in den Höhengebieten bis auf einzelne Reste eingebracht. tg

Branchenmäßig stark differenzierte Produktionsentwicklung der Industrie im 2. Quartal 1973

Während des zweiten Vierteljahres 1973 konnte die rheinland-pfälzische Industrie ihre Produktion im Vergleich zum Vor- und Vorjahresquartal um + 11,0 bzw. + 7,2% (ohne Bau und Energie + 8,1 bzw. + 6,8%) jeweils spürbar ausweiten, wobei die branchenmäßige Betrachtung mitunter recht starke Differenzierungen erkennen läßt. Im Vergleich zum zweiten Quartal 1972 zeigten unter den Industriehauptgruppen die Nahrungs- und Genußmittel- sowie die Verbrauchsgüterindustrien mit + 14,7 bzw. + 10,6% die günstigsten Resultate, wogegen der Grundstoff- und Produktionsgütersektor in Höhe der Durchschnittsquote und die Investitionsgüterindustrien lediglich um 1,3% expandierten. Die Veränderungsdaten stellten sich bei den für die Wirtschaftsstruktur unseres Landes besonders wichtigen Zweigen der Kunststoffverarbeitung auf + 28,9%, der chemischen Industrie auf + 6,4% sowie der Gummi- und Asbestverarbeitung auf - 0,6%.

Gemessen am Stand des Vor- und Vorjahresquartals wurden im Berichtsvierteljahr Entwicklungsraten von + 0,4 bzw. + 1,2% für die Beschäftigtenzahl, von - 1,0 bzw. + 0,8% für die Arbeitsleistung (geleistete Arbeiterstunden), von + 10,7 bzw. + 14,2% für die Lohn- und Gehaltssumme sowie von + 2,9 bzw. + 11,3% für den Umsatz (Auslandsumsatz + 5,9 bzw. + 16,5%) ermittelt, welche neben den erreichten effektiven Produktivitäts- und Rationalisierungsschritten auch die Auswirkungen des allgemeinen Inflationierungsprozesses widerspiegeln. Diese Tendenzen werden gleichermaßen bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse des ersten Halbjahres 1973 mit denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums ersichtlich, wobei sich das Beschäftigtenpotential um 0,7%, die Arbeitsleistung um 0,3%, die Löhne und Gehälter um 13,0% sowie der Umsatz um 12,5% (Auslandsumsatz + 17,3%) erhöhten. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen waren dabei insbesondere für die Branchen der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung (+ 30,3%), der Eisen- und NE-Metallerzeugung einschließlich Gießereindustrie und Stahlverformung (+ 22,2%) sowie der Holzbe- und -verarbeitung mit Papier- und Pappeherzeugung bzw. -verarbeitung mit Druckereindustrie (+ 16,1%) zu verzeichnen. pe

Baugenehmigungen nahmen stark zu

Trotz der restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung (Aussetzung der 7b Abschreibung) erhöhte sich im Juli 1973 die Zahl der erteilten Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat beachtlich. Es wurden im Juli dieses Jahres Baugenehmigungen für 2 014 Wohn- und 338 Nichtwohnbauten erteilt; dies entspricht einer Zunahme um 38 bzw. 30% im Vergleich zu Juli 1972. Die Zahl der insgesamt genehmigten Wohnungen belief sich auf 5 192 Einheiten (+ 61%). Dabei entfielen auf die Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz 2 831, Koblenz 1 815 und Trier 546 Wohnungen. Unter den Bauherren rangieren mit Anteilen von 60 und 24% die privaten Haushalte bzw. sonstige Wohnungsunternehmen an der Spitze. hw

Beschäftigung und Arbeitsleistung im Bauhauptgewerbe rückläufig

Im zweiten Vierteljahr 1973 waren beim rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe in bezug zum Vergleichsquartal des Vorjahres der monatsdurchschnittliche Beschäftigtenstand um 3,2% und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 5,6% jeweils beträchtlich zurückgegangen, wogegen sich die Lohn- und Gehaltssumme um 7,0% wiederum spürbar erhöhte. In der Umsatzentwicklung war ein Rückgang um 16,8% festzustellen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich die erfaßten Umsatzwerte entsprechend der bundeseinheitlich konzipierten Erhebungsweise lediglich auf die jeweils abgerechneten Bauleistungen beziehen und infolgedessen nur sehr bedingt als Entwicklungskriterium in Betracht kommen. Der in dieser Hinsicht aussagefähigere Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe blieb im Berichtsquartal unverändert (- 0,1%).

Auch die Entwicklung im ersten Halbjahr 1973 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum glich im großen und ganzen sehr weitgehend dem Verlauf im zweiten Quartal des Berichtsjahres. Im einzelnen nahmen von Januar bis Juni die Beschäftigtenzahl um 2,0% ab, die Arbeitsleistung um 4,2% und der Umsatz sogar um 11,0%, während andererseits die Löhne und Gehälter um 8,7% anwuchsen. pe

Weniger Tiefbauaufträge im 1. Halbjahr 1973

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1973 wurden im Rahmen der Tiefbaustatistik Auftragsvergaben der öffentlichen Hand in Höhe von 419 Mill. DM registriert. Dieser Betrag liegt um 17% niedriger als der des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes und läßt die Voraussage zu, daß das Jahresergebnis den 1972er Rekordwert (1 075 Mill. DM) nicht erreichen wird. 76% aller Vergaben (ohne Finanzbauverwaltungen und ohne Aufträge unter 25 000 DM sowie solche von Gemeinden unter 5 000 Einwohner) entfielen von Januar bis Juni 1973 auf Straßenverkehrsbauten. Lagen 1972 noch die Straßenbauten (43%) vor den Straßenbrückenbauten (39%), so war im Berichtszeitraum die umgekehrte Reihenfolge festzustellen: Brückenbauten, die in überwiegender Mehrheit für die Arbeiten im Rahmen der linksrheinischen Autobahn A 14 vergeben wurden, erreichten mit knapp 178 Mill. DM einen Anteil von 43%, während Straßenbauten mit 139 Mill. DM mit 33% partizipierten. Von den übrigen Baumaßnahmen erreichten Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, wasserwirtschaftliche und sonstige Tiefbauten Anteile von knapp 1, 16 und 8%.

Auf den Bund als Bauherr entfiel im ersten Halbjahr 1973 ein Anteil von 60%. Mit weitem Abstand folgen die Gemeinden (22%; 1971: 20%) und das Land (je 8%). In der Aufgliederung nach den vorgesehenen Ausführungszeiten rangieren langfristige Aufträge mit einer vorgesehenen Bearbeitungsdauer von mehr als zwölf Monaten eindeutig an erster Stelle (47%). Straßenbrückenbauten beeinflussten dabei das Ergebnis entscheidend, denn drei Viertel dieser Bauvorhaben werden länger als ein Jahr bis zur Fertigstellung benötigt. hw

Die Bedeutung der verschiedenen Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Nachdem an dieser Stelle¹⁾ bereits ein erster Überblick über die Verteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen und der Stellung im Beruf gegeben wurde, soll in dem folgenden Beitrag etwas näher auf die Verhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen eingegangen werden, wobei das Hauptaugenmerk wiederum darauf gerichtet ist, die Entwicklungstendenzen der letzten zehn Jahre, die weitgehend auch noch für die Zukunft bestimmend sein werden, aufzuzeigen.

Untersucht man die Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials und ihre Veränderung seit 1961 in einer etwas tieferen wirtschaftssystematischen Gliederung, so ergibt sich zunächst für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, daß die Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit $-54,6\%$ höher war als in der Forstwirtschaft ($-40,5\%$) und im Gartenbau ($-34,5\%$), wobei dem Gartenbau die gewerbliche Gärtnerei sowie die gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege zugerechnet werden. Allerdings fällt die Zahl der Erwerbstätigen in den beiden letzteren Wirtschaftszweigen mit 4 900 und 7 800 gegenüber der Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit 150 700 kaum ins Gewicht. Die Relation zwischen Selbständigen und Abhängigen hat sich trotz dieser doch sehr einschneidenden Rückentwicklung nur im Gartenbau verändert, wo der Anteil der Selbständigen von 35,7 auf 26,9% fiel. In der Landwirtschaft hielt sich der Anteil der Selbständigen mit 35,2% dagegen auf der gleichen Höhe wie 1961. In diesem Zusammenhang sei jedoch darauf hingewiesen, daß den Abhängigen auch die mithelfenden Familienangehörigen zugerechnet werden, so daß die Aufgabe von kleinen Familienbetrieben sowohl zu einem Rückgang in der Zahl der Selbständigen als auch der Abhängigen führen muß. In der Forstwirtschaft handelt es sich bei den Erwerbstätigen zu 95,9% um Abhängige, zum größten Teil um Forstarbeiter, die überwiegend von den Staatsforsten, zu einem kleineren Teil auch von den Kommunalforsten beschäftigt werden, während der Anteil der Erwerbstätigen in privaten Forstbetrieben verhältnismäßig gering ist.

Von den 12 200 Erwerbstätigen, die dem Bereich der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie dem Bergbau zuzurechnen sind, arbeiteten 10 600

in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung und nur 1 700 im Bergbau. Seit 1961 ist der Bergbau in Rheinland-Pfalz fast vollständig eingestellt worden. Die Zahl der Erwerbstätigen ging hier um 73,9% zurück, was sich in einer Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen für den gesamten Bereich der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie des Bergbaus um 27,4% niederschlug. Die Zahl der Erwerbstätigen in den Betrieben der Energiewirtschaft und Wasserversorgung erhöhte sich nur um 3,0%, eine Wachstumsrate, die natürlich keineswegs die starke Produktionsausweitung dieses sehr kapitalintensiven Sektors widerspiegelt. Von einem gewissen Einfluß war hier jedoch auch, daß einige relativ kleinere kommunale Energieversorgungsbetriebe aufgegeben und die Städte an die Fernversorgung durch die großen gemischtwirtschaftlichen Unternehmen angeschlossen wurden.

Starke Zunahme der Erwerbstätigen in der Automobilindustrie und in den mit ihr verbundenen Branchen

Hinter der Gesamtzuwachsrate für die Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe von $+6,1\%$ verbirgt sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Branchen dieses Wirtschaftssektors. Konzentriert man sich zunächst auf die innerhalb des verarbeitenden Gewerbes von Rheinland-Pfalz bedeutenderen Branchen, so zeigt sich, daß die höchsten Zuwachsraten von $+60,3$ und $+53,9\%$ in der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung und im Straßenfahrzeugbau erreicht wurden, was in erster Linie auf den Bauneuer Reifenwerke, Lastkraftwagenfabriken und Zulieferwerke der Automobilindustrie zurückzuführen ist. Rheinland-Pfalz ist damit in einem sehr viel größeren Umfang an der Automobilindustrie und den mit ihr verbundenen Branchen beteiligt, als dies noch 1961 der Fall war, was für die Zukunft eine weiterhin günstige Entwicklung verspricht, da dieser gesamte Bereich zunächst noch ein erhebliches Wachstumspotential besitzen dürfte. Auch bei den übrigen Wirtschaftszweigen, bei denen die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 sehr stark anstieg, handelt es sich zum Teil um ausgesprochene Wachstumsindustrien; hierzu gehören vor allen Dingen die Elektrotechnik ($+37,1\%$), die Feinmechanik und Optik ($+34,1\%$), die Herstellung von EBM-Waren ($+47,4\%$), der Stahl- und Leichtmetallbau ($+33,0\%$) sowie die Druckereien und Vervielfälti-

¹⁾ G. Nold-Stahlberg: Strukturwandlungen in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen seit 1961. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 26, Heft 7, Juli 1973.

gungen (+ 39,9%). Recht hoch war daneben auch mit + 13,8% und + 18,5% die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in der chemischen Industrie (einschließlich Mineralölverarbeitung) und im Maschinenbau (einschließlich Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen), zwei Branchen, die in der Industriestruktur des Landes schon immer ein besonderes Gewicht hatten, so daß die Entwicklung hier deshalb auf einer ganz anderen Basis ansetzt als bei einigen der zuvor genannten Wachstumsindustrien. Hinzu kommt, daß gerade in der chemischen Industrie der Beschäftigtereinsatz je Produkteinheit erheblich gesenkt werden konnte, so daß hinter der Zunahme der Erwerbstätigen eine sehr viel höhere Produktionsausweitung steht.

Dieser sehr günstigen Entwicklung in einer Reihe von bedeutenden Industriezweigen des Landes steht jedoch ein Rückgang in der Zahl der Erwerbstätigen in anderen Bereichen gegenüber, die den Charakter bestimmter Industrieregionen des Landes in nicht unbeträchtlichem Umfange bestimmen. Hierzu gehören die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (— 21,1%), die Eisen- und NE-Metallerzeugung (— 26,9%), die Gießereien (— 25,2%), die Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen sowie die Herstellung von Schmuckwaren (— 15,3%), die Sägewerke, die Holzbe- und -verarbeitungsbetriebe (— 7,5%) und die Schuhindustrie (— 9,2%). Rückläufig war weiterhin die Zahl der Erwerbstätigen in dem regional weniger stark konzentrierten Textilgewerbe (— 12,2%) und Bekleidungsgewerbe (— 20,7%) sowie dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (— 6,8%).

Diese unterschiedlichen Veränderungsdaten sind zum Teil durch die Strukturwandlungen bedingt, die in jeder stark wachsenden Wirtschaft Platz greifen. Die maßgeblichen Faktoren hierfür sind der technische Fortschritt, Änderung in der Nachfragestruktur, der Wettbewerb vom Ausland und die Absatzchancen auf den Auslandsmärkten sowie der Wettbewerb von neuen Industrien. Sie haben zur Folge, daß jede Industrie einem gewissen Wachstumsgesetz unterliegt. Auf die Periode einer raschen Expansion folgt in der Regel eine Periode abnehmender Wachstumsraten, die schließlich in eine Periode der Stabilität oder sogar der Rückentwicklung übergeht.

Anteil der Selbständigen im verarbeitenden Gewerbe nur noch 5%

Die 60er Jahre waren im Bereich des produzierenden Gewerbes weniger als in den vorangegangenen Dekaden durch einschneidende Veränderungen der Unternehmens- und Betriebsstruktur gekennzeichnet, was bei einer Untersuchung des Arbeitskräftepotentials darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Relation zwischen Selbständigen und Abhängigen nicht mehr so gravierend verschoben hat. Insgesamt sank der Anteil der Selbständigen von 7,0 auf 5,2%, wobei der Rückgang im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe am höchsten war (von 11,3 auf 5,8%). Betroffen waren hier vor allem die Bran-

chen, in denen sich noch bis 1961 zahlreiche kleinere Betriebe gehalten hatten. So sank der Anteil der Selbständigen bei der Herstellung und Reparatur von Schuhen von 8,0 auf 4,2%, im Bekleidungsgewerbe von 23,5 auf 11,1% und in der Polsterei und im Dekorateurgewerbe von 38,4 auf 30,8%. Die Zahl der Branchen, in denen die Zahl der Selbständigen 5% übersteigt, ist damit auf eine Handvoll zusammengeschrunken; es gehören hierzu die Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei (15,0%), die Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen sowie die Herstellung von Schmuckwaren (19,5%), die Säge-, Holzbe- und -verarbeitungswerke (13,9%), das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (14,5%) und die bereits erwähnten Branchen im Bereich des Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbes. Wie sich bereits an den Bezeichnungen dieser Branchen erkennen läßt, sind es aber auch hier wiederum ganz spezielle Gewerbebezüge, in denen kleine Betriebe dominieren, so daß der Anteil der Selbständigen noch ein größeres Gewicht hat (im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zum Beispiel Bäcker und Fleischer).

Im Baugewerbe, in dem die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 um 7,1% auf 124 000 zurückgegangen ist, hat sich der Anteil der Selbständigen bei 8,6% gehalten. Besonders hoch ist er noch in der Zimmerei und Dachdeckerei (18,6%) und im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (20,8%), da die Aufträge in diesen Branchen ohne weiteres auch von kleineren Betrieben ausgeführt werden können, während sich im Bauhauptgewerbe auf Grund des ständig erhöhten Maschineneinsatzes seit längerem die mittleren und größeren Betriebe stärker durchgesetzt haben, so daß hier der Anteil der Selbständigen nur noch 4,3% ausmacht. Bei der Beurteilung des starken Rückgangs der Erwerbstätigen im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe um 13,2% ist zu berücksichtigen, daß die Montage und Reparatur von Lüftungs-, Wärme- und gesundheitstechnischen Anlagen heute zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von Spezialfirmen übernommen wird, die wirtschaftssystematisch dem Stahl- und Leichtmetallbau zugerechnet werden. Zum Teil sind auch aus kleineren Installationsbetrieben, die unter das Ausbaugewerbe fallen, im Laufe der Zeit auf Grund der gestiegenen Anforderungen an die Ausstattung der Gebäude entsprechende Spezialfirmen hervorgegangen. Dies dürfte unter anderem dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Erwerbstätigen im Stahl- und Leichtmetallbau um 33,0% zugenommen hat.

14% mehr Erwerbstätige im Einzelhandel trotz Selbstbedienung

Von den 178 900 Erwerbstätigen, die dem Bereich des Handels zuzuordnen sind, arbeiteten 122 700 im Einzelhandel. Die Zahl der Erwerbstätigen im Großhandel ist dagegen mit 47 800 wesentlich geringer. In Unternehmen der Handelsvermittlung waren nur 8 400 Personen beschäftigt. Seit 1961 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Einzelhandel noch um 14,0% erhöht, während für den Großhandel und die Handelsvermittlung ein Rückgang von 11,0 bzw. 16,3% zu verzeichnen war. In der Han-

delsvermittlung war diese Entwicklung mit einer Unternehmensbereinigung verbunden: Der Anteil der Selbständigen ging hier von 60,6 auf 46,4% zurück. Im Großhandel hielt er sich dagegen auf etwa dem gleichen Niveau wie 1961. Der starke Anstieg der Beschäftigten im Einzelhandel seit 1961 ist umso erstaunlicher, als sich gerade in den letzten zehn Jahren in den wichtigsten Sparten die Selbstbedienung gegenüber den herkömmlichen Verkaufsformen durchgesetzt hat und insofern an sich ein Rückgang des Personaleinsatzes zu erwarten gewesen wäre. Die Zunahme in der Zahl der Erwerbstätigen dürfte deshalb in erster Linie auf eine Verbreiterung des Angebots zurückzuführen sein. Am größten war die Zuwachsrate im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, d. h. vor allen Dingen bei den Kaufhäusern (+ 24,6%). Die Vermutung, daß die Zunahme in Wirklichkeit noch größer gewesen ist, dürfte insofern nicht unberechtigt sein, als der Anteil der Selbständigen in dieser Branche 1961 mit 16,9% offensichtlich zu hoch war (1970: 4,0%). Wahrscheinlich ist eine nicht unbeträchtliche Anzahl der in Gemischtwarengeschäften tätigen Personen 1961 auf Grund von unzutreffenden Angaben im Fragebogen nicht richtig zugeordnet worden. Um 5,9% abgenommen hat dagegen die Zahl der Erwerbstätigen im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Die kleineren Lebensmittelgeschäfte, die 1961 noch in großem Umfang das Bild bestimmten, wurden weitgehend von den nach amerikanischem Muster eingerichteten Supermärkten verdrängt. Der Anteil der in dieser Branche tätigen Selbständigen ist deshalb auch besonders stark gefallen: von 43,3% auf 32,4%. Im Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen etwa auf dem Stand von 1961 gehalten. Auch hier hat sich jedoch der Anteil der großen Konfektionsgeschäfte mit einem breiteren Angebot zu Lasten der kleineren Spezialgeschäfte erhöht, so daß der Anteil der Selbständigen von 25,1 auf 19,5% sank. Um 6,8 bzw. 8,2% gestiegen ist die Zahl der Erwerbstätigen im Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf u. ä. sowie im Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen. Die höchste Wachstumsrate von + 32,9% - wenn man einmal von dem sehr heterogenen Einzelhandel mit sonstigen Waren absieht - ergibt sich für den Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln. Maßgebend war hierfür in erster Linie die außergewöhnlich hohe Zunahme in der Zahl der Apotheken, da insbesondere in der ersten Hälfte der 60er Jahre nach der Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen sehr viele neue Apotheken gegründet wurden, deren Existenz durch die steigenden Ausgaben der Bevölkerung für Arzneimittel sichergestellt war.

Unterschiedliche Entwicklung in den Verkehrszweigen

Von den 78 500 Erwerbstätigen, die für die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermitt-

lung nachgewiesen werden, arbeitete die bei weitem überwiegende Zahl bei der Deutschen Bundesbahn (30 300) und bei der Deutschen Bundespost (24 200). In Straßenverkehrsbetrieben waren 15 800 Erwerbstätige beschäftigt, während die Zahl der in der Schifffahrt und bei den Wasserstraßen und Häfen tätigen Personen nur 2 700 ausmachte, obwohl durch Rheinland-Pfalz in seiner gesamten Nord-Süd-Ausdehnung der Rhein, die wichtigste Wasserstraße der Bundesrepublik, verläuft. Die Zahl der Erwerbstätigen im Verkehrsbereich ging seit 1961 um 6,5% zurück. Maßgebend hierfür waren in erster Linie die umfassenden und einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn, die zur Folge hatten, daß die Zahl der Erwerbstätigen hier um 21,4% abnahm (die nichtbundeseigenen Eisenbahnen sind seit langem vergleichsweise ohne nennenswerte Bedeutung). Dagegen erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen bei der Deutschen Bundespost um 13,7%. Dieser Anstieg ist unter anderem vor allem darauf zurückzuführen, daß in den 60er Jahren das Telefonnetz weiter sehr stark ausgebaut wurde. Die Zahl der Erwerbstätigen im Straßenverkehr hielt sich bei einer Zuwachsrate von nur 2,9% etwa auf der gleichen Höhe wie 1961, während die Zahl der Erwerbstätigen in der Schifffahrt und bei den Wasserstraßen und Häfen seit 1961 um 46,1% sank. Zum Teil dürfte dieser Rückgang ökonomische Ursachen haben (Einstellung der Lahn-Schifffahrt). Es ist jedoch zu beachten, daß die Ergebnisse der Volkszählungen von 1961 und 1970 für diesen Wirtschaftszweig insofern nicht voll vergleichbar sind, als die Schiffe 1961 als „Anstalten“ besonders erfaßt wurden, während 1970 die auf den Schiffen lebenden Personen an ihrem Hauptwohnsitz gezählt wurden.

Im Unterschied zur Bundesbahn und Bundespost, bei denen sich alle Erwerbstätigen in einem Dienstverhältnis befinden, sind im Straßenverkehr in großem Umfang kleinere Unternehmen tätig, so daß der Anteil der Selbständigen noch 25,3% ausmacht; seit 1961 ist er aber auch hier zurückgegangen (von 30,5%). Dagegen ist der Anteil der Selbständigen in der Schifffahrt sowie bei den Wasserstraßen und Häfen von 11,3 auf 14,8% gestiegen. Es ist jedoch zu vermuten, daß diese Veränderung durch die unterschiedliche Erfassung der „Schiffsbevölkerung“ 1961 und 1970 bedingt ist, da auch dieser Wirtschaftszweig durch die Tendenz zum leistungsfähigen größeren Betrieb bestimmt wird.

Günstige Wachstumsbedingungen für Kreditwirtschaft und Versicherungsgewerbe

Ein sehr starkes Wachstum hat in den 60er Jahren der Bereich der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes erfahren, so daß die Zahl der Erwerbstätigen hier um 54,3% auf 31 600 angestiegen ist. Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen bei den Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstituten mit 22 400 mehr als doppelt so groß als im Versicherungsgewerbe (9 200). Die Zunahme der Erwerbstätigen war bei den Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstituten mit + 57,7% außergewöhnlich hoch. Diese günstige Entwicklung wurde dadurch

Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1961 ¹⁾²⁾			Erwerbstätige 1970			Veränderung 1961 zu 1970
	ins- gesamt	Selb- ständige	Abhän- gige ³⁾	ins- gesamt	Selb- ständige	Abhän- gige ³⁾	
	1 000	%		1 000	%		
PRODUKTIONSBEREICH	1 033,4	16,5	83,5	863,6	11,0	89,0	- 16,4
<u>Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei</u>	352,0	34,6	65,4	163,7	33,8	66,3	- 53,5
Land- und Forstwirtschaft	339,9	34,5	65,5	155,6	34,1	65,7	- 54,2
Landwirtschaft	331,7	35,4	64,6	150,7	35,2	64,8	- 54,6
Forstwirtschaft	8,2	0,4	99,6	4,9	2,0	95,9	- 40,5
Gartenbau, gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	11,9	35,7	64,3	7,8	26,9	73,1	- 34,5
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau</u>	16,8	0,1	99,9	12,2	0,8	99,2	- 27,4
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	10,3	0,1	99,9	10,6	0,9	99,1	3,0
Bergbau	6,5	0,0	100,0	1,7	0,0	100,0	- 73,9
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	531,2	7,0	93,0	563,7	5,2	94,8	6,1
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	67,2	0,3	99,7	76,5	0,7	99,2	13,8
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	13,4	1,2	98,8	21,5	1,9	98,6	60,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	58,9	3,4	96,6	50,2	3,4	96,6	- 14,7
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	40,8	4,1	95,9	32,2	4,0	95,7	- 21,1
Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	18,0	1,9	98,1	18,0	2,2	98,3	- 0,2
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	39,6	7,3	92,7	33,1	6,3	93,7	- 16,4
Eisen- und NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)	12,7	0,0	100,0	9,3	1,1	100,0	- 26,9
Gießerei	11,8	0,5	99,5	8,8	1,1	97,7	- 25,2
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2,3	1,0	99,0	2,3	0,0	95,7	- 0,3
Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung, Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei	12,8	22,0	78,0	12,7	15,0	85,8	- 0,5
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	90,6	2,9	97,1	118,6	2,8	97,2	30,9
Stahl- und Leichtmetallbau	12,0	2,3	97,7	16,0	5,6	95,0	33,0
Maschinenbau				53,0	1,5	98,7	
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	47,9	1,2	98,8	3,8	0,0	100,0	18,5
Straßenfahrzeugbau	28,3	6,2	93,8	43,5	3,7	96,1	53,9
Schiffbau, Luftfahrzeugbau	2,4	0,7	99,3	2,3	0,0	95,7	- 4,8
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	53,4	5,9	94,1	70,0	4,6	95,1	31,1
Elektrotechnik	24,0	1,3	98,7	32,9	2,7	97,3	37,1
Feinmechanik und Optik; Herstellung und Reparatur von Uhren	4,1	8,5	91,5	5,5	5,5	92,7	34,1
Herstellung von EBM-Waren	16,2	2,0	98,0	23,9	2,1	97,5	47,4
Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	9,1	23,7	76,3	7,7	19,5	80,5	- 15,3
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	58,0	10,8	89,2	59,1	9,1	91,0	1,9
Säge- und Holzbearbeitungswerke, Holzverarbeitung	35,8	15,5	84,5	33,1	13,9	86,4	- 7,5
Papierherzeugung und -verarbeitung	12,7	1,5	98,5	12,7	1,6	98,4	- 0,3
Druckerei und Vervielfältigung	9,5	5,3	94,7	13,3	4,5	95,5	39,9
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	88,6	11,3	88,7	77,6	5,8	94,2	- 12,4
Lederherzeugung und -verarbeitung	8,5	5,8	94,2	8,2	3,7	96,3	- 4,1
Herstellung von Schuhen aus Leder und Textilien	39,7	8,0	92,0	36,0	4,2	95,8	- 9,2
Textilgewerbe	16,1	2,5	97,5	14,1	2,1	97,9	- 12,2
Bekleidungsgewerbe	22,7	23,5	76,5	18,0	11,1	88,9	- 20,7
Polsterei und Dekorateurgewerbe	1,6	38,4	61,6	1,3	30,8	69,2	- 20,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	61,5	16,1	83,9	57,3	14,5	85,2	- 6,8
Getränkeherstellung	17,1	3,6	96,4	17,4	4,0	96,0	2,0
Tabakverarbeitung	2,2	1,0	99,0	1,5	0,0	93,3	- 31,7
<u>Baugewerbe</u>	133,4	8,6	91,4	124,0	8,6	91,4	- 7,1
Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)	96,3	3,6	96,4	91,2	4,3	95,6	- 5,3
Zimmerei und Dachdeckerei	6,2	23,2	76,8	5,9	18,6	78,0	- 4,3
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	31,0	21,5	78,5	26,9	20,8	79,2	- 13,2
Dienstleistungsbereich	596,0	14,3	85,7	659,5	11,6	88,4	10,7
<u>Handel</u>	171,3	27,4	72,6	178,9	20,3	79,8	4,4
Großhandel	53,7	14,8	85,2	47,8	13,0	87,3	- 11,0
Handelsvermittlung	10,0	60,6	39,4	8,4	46,4	54,8	- 16,3
Einzelhandel	107,6	30,6	69,4	122,7	21,4	78,6	14,0
Einzelhandel mit Waren versch. Art (ohne Gemischtwaren)	13,9	16,9	83,1	17,3	4,0	96,0	24,6
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischt- warenhandel	35,1	43,3	56,7	33,0	32,4	67,9	- 5,9
Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	22,5	25,1	74,9	22,6	19,5	80,1	0,4
Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf u. ä.	17,4	26,1	73,9	18,6	21,5	78,5	6,8
Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen	3,0	33,2	66,8	3,2	28,1	68,8	8,2
Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	6,1	23,4	76,6	8,1	19,8	80,2	32,9
Einzelhandel mit sonstigen Waren	9,7	29,4	70,6	19,9	19,6	80,9	105,8

Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1961 ¹⁾²⁾			Erwerbstätige 1970			Veränderung 1961 zu 1970
	ins- gesamt	Selb- ständige	Abhän- gige ³⁾	ins- gesamt	Selb- ständige	Abhän- gige ³⁾	
	1 000	%	%	1 000	%	%	
<u>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</u>	84,0	6,6	93,4	78,5	6,1	93,9	- 6,5
Eisenbahnen	38,5	-	100,0	30,3	-	100,0	- 21,4
Deutsche Bundespost	21,3	-	100,0	24,2	-	100,0	13,7
Straßenverkehr	15,4	30,5	69,5	15,8	25,3	74,7	2,9
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen	5,0	11,3	88,7	2,7	14,8	88,9	- 46,1
<u>Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</u>	20,5	6,6	93,4	31,6	5,4	94,3	54,3
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	14,2	0,9	99,1	22,4	1,8	99,1	57,7
Versicherungsgewerbe	6,3	19,3	80,7	9,2	14,1	85,9	46,6
<u>Dienstleistungen</u>	158,3	19,9	80,1	190,6	17,5	82,5	20,4
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	46,0	27,9	72,1	45,0	31,8	68,0	- 2,1
Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe) und Körperpflege	22,7	24,3	75,7	23,2	21,6	77,6	2,2
Wäscherei, Chemische Reinigung und Bekleidungsfärberei, Heißmanglelei und Bügelei	6,9	22,6	77,4	5,3	20,8	77,4	- 22,9
Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar (ohne Hausfassadenreinigung), Schornsteinfegergewerbe	2,3	14,1	85,9	3,4	11,8	85,3	46,6
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	13,5	27,0	73,0	14,5	24,1	75,9	7,3
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	35,5	6,5	93,5	48,2	4,8	95,0	35,8
Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport	26,9	3,1	96,9	40,8	2,9	97,1	51,9
Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen	3,5	26,7	73,3	4,2	16,7	81,0	19,1
Verlags-, Literatur- und Pressewesen	5,1	10,7	89,3	3,2	12,5	87,5	- 37,3
Gesundheits- und Veterinärwesen	31,7	17,4	82,6	45,5	11,4	88,6	43,5
Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie andere, vorwiegend für Unternehmen erbrachte Dienstleistungen	14,9	27,4	72,6	21,8	23,4	77,1	46,2
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	6,9	29,0	71,0	9,3	23,7	76,3	35,7
Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien u. ä. Institute	5,2	28,9	71,1	8,4	25,0	76,2	61,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung	2,1	14,4	85,6	2,8	14,3	85,7	34,1
Sonstige Dienstleistungen	7,6	16,5	83,5	6,8	20,6	82,4	- 10,0
<u>Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte</u>	30,4	-	100,0	18,7	0,5	99,5	- 38,4
Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	6,0	-	100,0	6,7	1,5	100,0	12,1
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige Organisationen ohne Erwerbscharakter	4,0	-	100,0	5,1	-	100,0	27,6
Private Haushalte	20,4	-	100,0	6,9	-	100,0	- 66,2
<u>Gebietskörperschaften und Sozialversicherung</u>	131,5	-	100,0	161,2	-	100,0	22,6
Gebietskörperschaften	125,0	-	100,0	154,2	-	100,0	23,4
Sozialversicherung	6,5	-	100,0	7,1	-	100,0	8,5
Insgesamt	1 629,4 ³⁾	15,7	84,3	1 523,1	11,3	88,7	- 6,5

1) Erwerbstätige und Erwerbslose. - 2) Ausschl. 904 Personen ohne Angabe der Wirtschaftsgruppe. - 3) Einschl. mithelfende Familienangehörige.

veranlaßt, daß auf Grund der erheblich gestiegenen Einkommen den Banken und Sparkassen neue Bevölkerungsschichten als Kunden zugeführt wurden und die Institute daher ihr Zweigstellennetz auch in den ländlichen Gebieten in starkem Maße ausbauten. Hinzu kam, daß in den 60er Jahren immer mehr Unternehmen und Behörden dazu übergingen, ihre Gehälter bargeldlos auf Konten zu überweisen, so daß auch viele Arbeitnehmer nunmehr einen Teil der von ihnen zu leistenden größeren Zahlungen über ihre zum Teil neu eingerichteten Konten abwickeln. Im Versicherungsgewerbe, in dem die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 um 46,6% zunahm, waren es neben der Krankenversicherung vor allem die Unfall- und Schadensversicherungen, die eine starke Expansion erlebten. Im Bereich der Unfall- und Schadensversicherung stand die vermehrte Geschäftstätigkeit - sowohl was die Zahl der Versicherten als auch was die Zahl der Schadensfälle anbelangt - in engem Zusammenhang mit dem Anstieg des Kraftfahrzeugbestandes. Da die Kreditwirtschaft und das Versicherungsgewerbe sich überwiegend in Händen von Kapitalgesellschaften und öffentlich-rechtlichen Körperschaften be-

finden, macht die Zahl der Abhängigen hier 99,1% (Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute) und 85,9% (Versicherungsgewerbe) aus. Bei der relativ großen Zahl von Selbständigen im Versicherungsgewerbe von 14,1% handelt es sich um Versicherungsvertreter, die die Agenturen der großen Gesellschaften betreiben.

In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen sind eine ganze Reihe zum Teil recht unterschiedlicher Branchen zusammengefaßt, so daß der Gesamtzuwachs an Erwerbstätigen in dieser Wirtschaftsabteilung um 20,4% aus zum Teil erheblich differierenden Veränderungen für die einzelnen Teilbereiche resultiert. Von den insgesamt 190 600 Erwerbstätigen, die bei der Volkszählung 1970 dem Dienstleistungsgewerbe zugeordnet wurden, entfielen 45 000 auf das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, 48 200 auf den Bereich Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik und 45 500 auf das Gesundheits- und Veterinärwesen. Wesentlich geringer als in diesen drei großen Teilbereichen war die Zahl der Erwerbstätigen in der Reinigung und Körperpflege (23 200) sowie bei denjenigen Institu-

tionen, die vorwiegend für Unternehmen Dienstleistungen erbringen (21 800).

Verfolgt man die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den einzelnen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes seit 1961, so zeigt sich zunächst ein leichter Rückgang für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von 2,1%, obwohl in diesem Zeitraum die Zahl der Übernachtungen in den rheinland-pfälzischen Hotels und Gasthöfen um 20% und der Umsatz der Restaurationsbetriebe um rund 60% anstieg. Im Bereich der Reinigung und Körperpflege sank die Zahl der Erwerbstätigen, die in Wäschereien, Heißmangeln und Betrieben der chemischen Reinigung beschäftigt sind, um 22,9%, wozu unter anderem die zunehmende Ausstattung der privaten Haushalte mit Waschmaschinen und Bügelautomaten beigetragen haben dürfte. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in den Betrieben, die sich mit der Reinigung von Gebäuden und Räumen befassen (einschließlich des Schornsteinfegergewerbes), um 46,6%, da vor allen Dingen sehr viele Bürobetriebe dazu übergegangen sind, ihre Geschäftsräume nicht mehr durch eigenes Personal reinigen zu lassen, sondern diese Arbeiten an darauf spezialisierte Betriebe vergeben. Auch im Friseurgewerbe (einschließlich der sonstigen Körperpflege) nahm die Zahl der Erwerbstätigen noch um 7,3% zu.

Ausbau des Bildungswesens

Im Bereich der Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik, für den sich die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 insgesamt um 35,8% erhöhte, ergab sich die mit Abstand höchste Zuwachsrate von + 51,9% für den Zweig Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport. Bei den hierunter fallenden Erwerbstätigen handelt es sich überwiegend um Lehrer. Der Bedarf an Lehrern ist jedoch gegenüber 1961 nicht nur allein deshalb so stark gestiegen, weil sich die Zahl der 6 bis 14 Jahre alten Kinder in diesem Zeitraum um 17,6% erhöht hat, sondern auch, weil ein wachsender Teil von Jugendlichen weiterführende Schulen aufsucht. Die Zahl der Erwerbstätigen in dem Zweig Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen nahm um 19,1% zu; hier ist zu berücksichtigen, daß Mainz Sitz des Zweiten Deutschen Fernsehens geworden ist und der Auf- und Ausbau dieses Programms ganz neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen hat, an denen gemessen der Abbau von städtischen Theaterensembles kaum ins Gewicht fällt. Ein Rückgang von 37,3% war demgegenüber für die Erwerbstätigen im Verlags-, Literatur- und Pressewesen zu verzeichnen, wofür nicht zuletzt die starke Konzentration im Zeitschriften- und Zeitungswesen maßgebend sein dürfte.

Etwa auf dem gleichen Niveau lagen die Wachstumsraten für die Erwerbstätigen im Gesundheits- und Veterinärwesen (+ 43,5%) und bei den Institutionen, die vorwiegend für Unternehmen Dienstleistungen erbringen (+ 46,2%). Die starke Zunahme des Bedarfs an Erwerbstätigen im Gesundheitsbereich erklärt sich daraus, daß die Menschen heute

sehr viel mehr auf die Erhaltung ihrer Gesundheit bedacht sind, als es früher der Fall war, und daher auch eher einen Arzt aufsuchen. Das System einer sehr gut ausgebauten sozialen Krankenversicherung kommt dieser Einstellung natürlich entgegen. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß der Anteil der älteren Menschen, die sehr viel krankheitsanfälliger sind, stark zugenommen hat. Von den Erwerbstätigen, die bei Institutionen beschäftigt sind, die vorwiegend Dienstleistungen für Unternehmen erbringen, arbeiteten 9 300 in der Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung und 8 400 in Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnlichen Institutionen. Die zweite Gruppe hat seit 1961 sehr stark zugenommen (um 61,9%), was vor allen Dingen auf die anhaltend hohe Wohnungsbautätigkeit, die umfangreichen Baumaßnahmen im Verkehrswesen und die großen Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft zurückzuführen ist. Aber auch die Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung profitierte von der günstigen Wirtschaftsentwicklung; die Zahl der Erwerbstätigen nahm hier um 35,7% zu.

Der Anteil der Selbständigen ist auch im Dienstleistungsgewerbe seit 1961 gesunken; der Rückgang war hier aber nicht sehr einschneidend (von 19,9 auf 17,5%). In welchem Umfang vor allen Dingen das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Händen von Kleinbetrieben liegt, zeigt sich daran, daß hier 31,8% aller Erwerbstätigen als Selbständige arbeiten. Seit 1961 ist ihr Anteil sogar noch gestiegen (1961: 27,9%). Da die Wäschereien und chemischen Reinigungen sowie die Friseurbetriebe, gemessen an ihrer Beschäftigtenzahl, durchweg recht klein sind, hielt sich auch hier der Anteil der Selbständigen über 20%. Das gleiche gilt für die Praxen der Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie für die Architektur- und Ingenieurbüros; der Anteil der Selbständigen machte hier 23,7 und 25,0% aus. Dagegen setzt die Gebäudereinigung von vornherein eine etwas größere Beschäftigtenzahl je Betrieb voraus, so daß der Anteil der Selbständigen hier nur 11,8% betrug. In dem Bereich Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen ist der Anteil der freiberuflich Tätigen sehr stark zurückgegangen (von 26,7 auf 16,7%); zum Teil hängt das allerdings mit dem Aufbau des Zweiten Deutschen Fernsehens in Mainz und dem daraus resultierenden starken Anstieg der bei dieser Anstalt Beschäftigten zusammen, was selbst ceteris paribus eine relative Abnahme der Selbständigen zur Folge haben mußte. Im Gesundheitsbereich arbeiten die meisten Erwerbstätigen in Krankenanstalten, so daß hier der Anteil der Selbständigen nur 11,4% ausmachte. Auch im Verlags-, Literatur- und Pressewesen bestimmen die mittleren und größeren Betriebe das Bild, was in einem entsprechend niedrigen Anteil der Selbständigen von 12,5% zum Ausdruck kommt. Bei den Erwerbstätigen im Bereich der Wissenschaft, Bildung und Erziehung schließlich handelt es sich fast ausschließlich um Lehrer und Hochschullehrer; der Anteil der freiberuflich Tätigen beträgt hier deshalb nur 2,9%.

Personelle Konsequenzen der hohen Anforderungen an den öffentlichen Sektor

Eine weit weniger ausgeprägte spartenmäßige Differenzierung als im Dienstleistungsgewerbe besteht für die Organisationen ohne Erwerbscharakter und die Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherung. Die starke Abnahme der Erwerbstätigen bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter um 38,4% auf 18 700 ist ausschließlich dadurch bedingt, daß die Zahl der Erwerbstätigen in den privaten Haushalten, die aus systematischen Gründen dieser Wirtschaftsabteilung zugerechnet werden, um 66,2% abgenommen hat (von 20 400 auf 6 900), da nur noch wenige junge Mädchen und Frauen an einer Beschäftigung in einem fremden Haushalt interessiert sind. Sehr stark gestiegen, und zwar um 27,6%, ist dagegen die Zahl der Erwerbstätigen bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Überraschen mag es auf den ersten Blick vielleicht, daß auch die Zahl der Erwerbstätigen bei den christlichen Kirchen, Orden und religiösen

und weltanschaulichen Vereinigungen noch um 12,1% zugenommen hat, da doch ein erheblicher Nachwuchsmangel an Welt- und Ordensgeistlichen besteht. Es ist hier jedoch zu bedenken, daß die organisatorische Bewältigung der wachsenden sozialen Aufgaben der Kirchen einen größeren Stab von Verwaltungsangestellten erfordert. Die steigenden Anforderungen der Bevölkerung an den öffentlichen Sektor führten dazu, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen bei den Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherung um 22,6% auf 161 200 erhöhte. Hierunter fallen nicht die von den Gebietskörperschaften betriebenen Anstalten und Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäusern, Theater usw., die dem Dienstleistungsgewerbe zugerechnet werden. Die Zuwachsrate wäre anderenfalls noch sehr viel höher ausgefallen, da der Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens zu den öffentlichen Aufgabengebieten gehört, denen von Staat und Kommunen in der Skala der Prioritäten ein erheblicher Vorrang eingeräumt wurde.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Beschäftigung von Frauen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

In einer Zeit, in der die größere Selbständigkeit, welche die Frau heute in der Familie, im Beruf und im öffentlichen Leben gewonnen hat, sehr stark herausgestellt und betont wird, daß diese Unabhängigkeit sich in erheblichem Maße darauf gründet, daß die Frauen heute eine bessere Ausbildung erhalten und damit durch die Wahl eines angemessenen Berufes in der Lage sind, sich eine eigene wirtschaftliche Existenzgrundlage zu schaffen und so weniger als früher auf die Versorgung durch den Ehemann angewiesen sind, muß man an sich erwarten, daß der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen steigt. Das ist nun allerdings nicht der Fall, wie ein Vergleich der Ergebnisse aus den Volkszählungen von 1961 und 1970 erkennen läßt. Vielmehr sank der Anteil der Frauen in diesem Zeitraum von 37,4 auf 34,4%. Es ist jedoch gleich hinzuzufügen, daß diese Abnahme insofern ein trügerisches Bild gibt, als sie durch Strukturwandlungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen bedingt ist, die keineswegs als typisch für die gesamte Wirtschaft gelten können.

Rückgang des Anteils der weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 58 auf 48%

Der Rückgang des Anteils der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist vielmehr allein darauf zurückzuführen, daß in der Land- und Forstwirtschaft sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Haushalten, den beiden Wirtschaftsabteilungen, in denen der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Ausgangsjahr 1961 mit 57,5 und 80,8% beson-

ders hoch war, die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen seit 1961 um 60,9 und 48,9% abgenommen hat, so daß ihr Anteil bis 1970 auf 48,4 bzw. 66,6% gefallen ist. Wenn in der Land- und Forstwirtschaft die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stärker zurückging als die Zahl der männlichen Erwerbstätigen (— 43,4%), so ist die Ursache darin zu sehen, daß im Rahmen der Bereinigung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur vor allen Dingen die kleineren Familienbetriebe aufgegeben wurden. Wie jedoch die Statistik der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zeigt, ist der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte gerade in den Kleinbetrieben besonders hoch; dies gilt vor allem für die vollbeschäftigten familieneigenen Arbeitskräfte, die bei weitem größte Gruppe, bei der der Anteil der Frauen mit zunehmender Betriebsgröße ständig fällt.

Für die Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte erklärt sich der starke Rückgang der weiblichen Erwerbstätigen — bei einer gleichzeitigen Zunahme der männlichen Erwerbstätigen um 7,5% — daraus, daß die Zahl der in privaten Haushalten arbeitenden Hausgehilfinnen um 66,2% abgenommen hat, da einerseits bei den meisten Mädchen und jungen Frauen nur noch ein geringes Interesse an diesem Beruf besteht, und andererseits auf Grund der Lohnsteigerungen die Zahl der Haushalte, die sich eine Hausgehilfin leisten können, ganz erheblich geschrumpft ist. Trotz dieses einschneidenden Rückgangs machen die in privaten Haushalten beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen noch 36% aller dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnenden Er-

werbstätigen aus. Allerdings ist der Anteil der Frauen auch bei den Erwerbstätigen der christlichen Kirchen, Orden, religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter, die sich den verschiedensten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben widmen, mit 46,3 und 56,5% überdurchschnittlich hoch.

Frauenanteil im Dienstleistungsgewerbe und Einzelhandel über 60%

In den anderen Wirtschaftsabteilungen ist der Anteil der Frauen dagegen entweder leicht gestiegen oder er hat sich etwa auf seiner bisherigen Höhe gehalten. Nirgendwo war die Zunahme jedoch so ausgeprägt, daß man von einer grundlegenden Verschiebung der Relationen sprechen kann. Während in der Land- und Forstwirtschaft sich Männer und Frauen unter den Erwerbstätigen etwa die Waage halten, arbeiten - abgesehen von der Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte - nur im Dienstleistungsgewerbe und im Handel mehr Frauen als Männer (Anteil der weiblichen Erwerbstätigen 61,8 und 51,5%). Erheblich über dem Gesamtdurchschnitt von 34,4% lag außerdem der Anteil der Frauen bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe (42,3%).

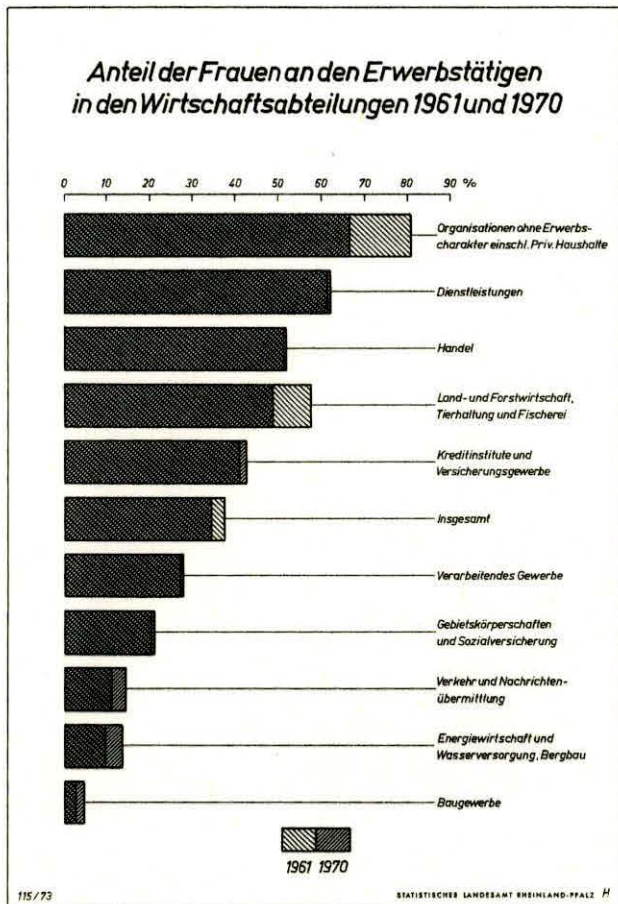
Im Dienstleistungsgewerbe wird der hohe Frauenanteil nicht durch die Verhältnisse in einzelnen wich-

tigen Branchen bestimmt; vielmehr überwiegen die weiblichen Erwerbstätigen hier nahezu in allen Bereichen. Das gilt insbesondere für das Gesundheits- und Veterinärwesen (Frauenanteil 75,6%), da die Krankenpflege fast ausschließlich von Krankenschwestern ausgeübt wird, den Bereich der Reinigung und Körperpflege (72,0%) und das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (67,3%). Auch im Bereich der Wissenschaft, Bildung und Erziehung sind noch 54,7% aller Erwerbstätigen Frauen, was vor allem darauf beruht, daß der Beruf des Lehrers insbesondere seit dem 2. Weltkrieg von sehr vielen jungen Frauen ergriffen worden ist, da sie ihn auch nach einer eventuellen späteren Eheschließung leichter ausüben können, als dies bei anderen Berufen möglich ist, die eine ganztägige Beschäftigung in einem Betrieb erfordern.

Im Handel ist der hohe Anteil der Frauen in erster Linie durch die Verhältnisse im Einzelhandel bedingt, denn der Großhandel und die Handelsvermittlung beschäftigen nur zu 33,3 und 26,2% Frauen, wobei sich der niedrigere Anteil bei der Handelsvermittlung unter anderem daraus erklärt, daß der Beruf des Handelsvertreters eine ausgesprochene Domäne der Männer ist. Im Einzelhandel erreichte der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen 60,5%, und zwar vor allem deshalb, weil als Verkäufer - nicht zuletzt wegen der relativ geringen Gehälter - in erster Linie Frauen eingesetzt werden. Allerdings bestehen in dieser Hinsicht gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen Sparten: So beschäftigen der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen und der Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln, sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln zu 75,7 und 74,1% Frauen, die Kaufhäuser zu fast 70% und der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie der Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen zu rund 69%. Dagegen werden im Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat sowie Wohnbedarf noch Männer als Verkäufer bevorzugt; der Anteil der Frauen macht hier insgesamt nur 44,1% aus.

Beschränkte Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im produzierenden Gewerbe

Im Bereich des produzierenden Gewerbes erklärt sich der wesentlich höhere Anteil der Frauen im verarbeitenden Gewerbe (27,6%) gegenüber den entsprechenden Quoten für die Energiewirtschaft, Wasserversorgung und den Bergbau (13,7%) und das Baugewerbe (4,9%) daraus, daß in einer ganzen Reihe von Branchen des verarbeitenden Gewerbes Frauen auch in der Produktion beschäftigt werden. Der Unterschied zwischen den Frauenanteilen für die Energiewirtschaft, Wasserversorgung und den Bergbau einerseits und das Baugewerbe andererseits ist darin begründet, daß sich Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in diesen beiden Wirtschaftsabteilungen fast nur in den Angestelltenberufen finden und der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe mit 9,2% wesentlich geringer ist als



Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf und Geschlecht 1970

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt	Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte	Ange-stellte	Arbeiter	Lehr-linge
Männer							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	84 471	48 474	18 480	544	2 067	13 646	1 260
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	10 507	59	-	141	3 652	6 441	214
Verarbeitendes Gewerbe	408 144	26 020	1 931	70	85 966	266 565	27 592
Baugewerbe	117 884	10 365	515	-	8 546	91 835	6 623
Handel	86 730	22 970	1 601	-	30 345	22 442	9 372
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	67 179	4 477	247	28 760	6 607	25 571	1 517
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	18 245	1 461	25	916	13 526	562	1 755
Dienstleistungen	72 774	21 363	1 685	13 162	21 182	11 807	3 575
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	6 243	66	-	2 111	3 310	693	63
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	127 432	-	-	63 888	33 470	28 895	1 179
Insgesamt	999 609	135 255	24 484	109 592	208 671	468 457	53 150
Frauen							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	79 253	6 796	65 625	55	1 612	4 619	546
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1 669	15	-	13	1 088	506	47
Verarbeitendes Gewerbe	155 565	3 325	10 670	15	38 633	95 115	7 807
Baugewerbe	6 079	296	1 745	-	2 829	790	419
Handel	92 171	13 326	11 874	-	42 306	11 582	13 083
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 368	369	729	2 369	4 395	3 264	242
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 355	243	301	53	10 876	878	1 004
Dienstleistungen	117 828	11 995	11 664	8 635	44 722	29 037	11 775
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	12 473	36	-	79	6 289	5 488	581
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	33 775	-	-	1 394	22 232	9 484	665
Insgesamt	523 536	36 401	102 608	12 613	174 982	160 763	36 169
Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in %							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	48,4	12,3	78,0	9,2	43,8	25,3	30,2
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	13,7	20,3	-	8,4	23,0	7,3	18,0
Verarbeitendes Gewerbe	27,6	11,3	84,7	17,6	31,0	26,3	22,1
Baugewerbe	4,9	2,8	77,2	-	24,9	0,9	6,0
Handel	51,5	36,7	88,1	-	58,2	34,0	58,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,5	7,6	74,7	7,6	39,9	11,3	13,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	42,3	14,3	92,3	5,5	44,6	61,0	36,4
Dienstleistungen	61,8	36,0	87,4	39,6	67,9	71,1	76,7
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	66,6	35,3	-	3,6	65,5	88,8	90,2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	21,0	-	-	2,1	39,9	24,7	36,1
Insgesamt	34,4	21,2	80,7	10,3	45,6	25,5	40,5

in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Bergbau (38,9%), was wiederum auf die arbeitsintensivere Produktion und die im Durchschnitt kleineren Betriebsgrößen im Baugewerbe zurückzuführen ist. Im verarbeitenden Gewerbe werden Frauen vor allem im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe eingesetzt. Ihr Anteil ist dabei besonders hoch im Bekleidungsgewerbe (82,8%), aber auch die Betriebe der Schuhindustrie (59,2%), des Textilgewerbes (58,2%) und der Ledererzeugung und -verarbeitung (56,1%) beschäftigen in großem Umfange Frauen. Überdurchschnittlich hoch - gemessen an den Verhältnissen im gesamten verarbeitenden Gewerbe - ist daneben noch der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in den einzelnen Branchen des Bereichs der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie bei der Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren (30 bis 35%), bei der Papiererzeugung und -verarbeitung (33,9%), in der

Druckerei und Vervielfältigung (35,3%) sowie in der Tabakverarbeitung (46,7%). Dagegen werden Frauen in einer ganzen Anzahl von anderen Branchen nur in der kaufmännischen Verwaltung und in technischen Büros, aber so gut wie überhaupt nicht in der Produktion beschäftigt. Hierzu gehören die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (Frauenanteil 9,0%), die Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung (9,7%) sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (13,1%).

Öffentliche Verwaltung noch weitgehend Domäne der Männer

Auch im Verkehrsbereich werden - abgesehen von der Bundespost (Frauenanteil 28,1%) - Frauen überwiegend nur in Verwaltungsabteilungen bzw. in den Büros der kleineren Betriebe beschäftigt, so daß der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen hier

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige			Selbständige			Abhängige ¹⁾		
	Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen	
	1 000	% 2)		1 000	% 2)		1 000	% 2)	
PRODUKTIONSBEREICH	621,0	242,7	28,1	85,0	10,4	10,9	536,0	232,3	30,2
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	84,5	79,3	48,4	48,5	6,8	12,3	36,0	72,5	66,8
Land- und Forstwirtschaft	79,2	76,4	49,1	46,7	6,4	12,1	32,5	70,0	68,3
Landwirtschaft	74,8	75,9	50,4	46,6	6,4	12,1	28,2	69,5	71,1
Forstwirtschaft	4,4	0,5	10,2	0,1	0,0	0,0	4,3	0,5	10,4
Gartenbau, gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	5,0	2,8	35,9	1,7	0,4	19,0	3,3	2,4	42,1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	10,5	1,7	13,9	0,1	0,0	0,0	10,4	1,7	14,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	9,0	1,6	15,1	0,0	0,0	0,0	9,0	1,6	15,1
Bergbau	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	408,1	155,6	27,6	26,0	3,3	11,3	382,1	152,3	28,5
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	60,4	15,9	20,8	0,4	0,1	20,0	60,0	15,8	20,8
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	15,6	5,9	27,4	0,3	0,1	25,0	15,3	5,8	27,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	42,0	8,2	16,3	1,5	0,2	11,8	40,5	8,0	16,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	29,3	2,9	9,0	1,2	0,1	7,7	28,1	2,8	9,1
Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	12,7	5,3	29,4	0,3	0,1	25,0	12,4	5,2	29,5
Eisen- u. NE-Metallerzeugung, Gießerei u. Stahlverformung	29,8	3,2	9,7	2,0	0,0	0,0	27,8	3,2	10,3
Eisen- und NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)	8,7	0,6	6,5	0,1	0,0	0,0	8,6	0,6	6,5
Gießerei	7,9	0,8	9,1	0,1	0,0	0,0	7,8	0,8	9,3
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1,9	0,4	17,4	0,0	0,0	0,0	1,9	0,4	17,4
Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung, Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei	11,3	1,4	11,0	1,8	0,0	0,0	9,5	1,4	12,8
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	103,1	15,5	13,1	3,2	0,1	3,0	99,9	15,4	13,4
Stahl- und Leichtmetallbau	14,6	1,4	8,8	0,9	0,0	0,0	13,7	1,4	9,3
Maschinenbau	45,3	7,7	14,5	0,7	0,1	12,5	44,6	7,6	14,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2,7	1,1	28,9	0,0	0,0	0,0	2,7	1,1	28,9
Straßenfahrzeugbau	38,5	5,0	11,5	1,6	0,0	0,0	36,9	5,0	11,9
Schiffbau, Luftfahrzeugbau	2,0	0,3	13,0	0,0	-	-	2,0	0,3	13,0
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	47,2	22,7	32,4	3,0	0,3	9,1	44,2	22,4	33,6
Elektrotechnik	21,7	11,1	33,7	0,8	0,1	11,1	20,9	11,0	34,5
Feinmechanik u. Optik; Herstellung u. Reparatur v. Uhren	3,8	1,7	30,9	0,3	0,0	0,0	3,5	1,7	32,7
Herstellung von EBM-Waren	16,7	7,2	30,1	0,5	0,1	16,7	16,2	7,1	30,5
Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	5,0	2,7	35,1	1,4	0,1	6,7	3,6	2,6	41,9
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	45,2	14,0	23,7	5,1	0,2	3,8	40,1	13,8	25,6
Säge- und Holzbearbeitungswerke, Holzverarbeitung	28,1	5,0	15,1	4,4	0,1	2,2	23,7	4,9	17,1
Papierherzeugung und -verarbeitung	8,5	4,3	33,9	0,2	0,0	0,0	8,3	4,3	34,1
Druckerei und Vervielfältigung	8,6	4,7	35,3	0,5	0,1	16,7	8,1	4,6	36,2
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	28,3	49,2	63,4	3,1	1,3	29,5	25,2	47,9	65,5
Lederherzeugung und -verarbeitung	3,6	4,6	56,1	0,2	0,0	0,0	3,4	4,6	57,5
Herstellung von Schuhen aus Leder und Textilien	14,6	21,3	59,2	1,4	0,1	6,7	13,2	21,2	61,6
Textilgewerbe	5,9	8,2	58,2	0,2	0,1	33,3	5,7	8,1	58,7
Bekleidungsgewerbe	3,2	14,8	82,2	0,9	1,1	55,0	2,3	13,7	85,6
Polsterei und Dekorateurgewerbe	1,0	0,3	23,1	0,4	0,0	0,0	0,6	0,3	33,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	36,4	20,8	36,3	7,3	0,9	11,0	29,1	19,9	40,6
Getränkeherstellung	12,6	4,8	27,6	0,6	0,1	14,3	12,0	4,7	28,1
Tabakverarbeitung	0,7	0,7	46,7	0,0	0,0	0,0	0,7	0,7	50,0
Baugewerbe	117,9	6,1	4,9	10,4	0,3	2,8	107,5	5,8	5,1
Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)	87,8	3,4	3,7	3,8	0,1	2,6	84,0	3,3	3,8
Zimmerei und Dachdeckerei	5,5	0,3	5,1	1,1	0,0	0,0	5,5	0,3	5,2
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	24,6	2,3	8,6	5,5	0,1	1,8	19,1	2,2	10,3
DIENTSTLEISTUNGSBEREICH	378,6	281,1	42,6	50,5	25,9	33,9	328,1	255,2	43,8
Handel	86,7	92,2	51,5	23,0	13,3	36,6	63,7	78,9	55,3
Großhandel	32,2	15,9	33,3	5,3	1,0	15,9	26,9	14,9	35,6
Handelsvermittlung	6,1	2,2	26,2	3,3	0,6	15,4	2,8	1,6	36,4
Einzelhandel	48,5	74,2	60,5	14,5	11,9	45,1	34,0	62,3	64,7
Einzelhandel mit Waren versch. Art (ohne Gemischtwaren)	5,1	12,1	69,9	0,3	0,4	57,1	4,8	11,7	70,9
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwarenhandel	10,2	22,9	69,4	4,2	6,5	60,7	6,0	16,4	73,2
Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	5,4	17,1	75,7	2,4	2,0	45,5	3,0	15,1	83,4
Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf u. ä.	10,5	8,2	44,1	3,0	1,1	26,8	7,5	7,1	48,6
Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen	1,0	2,2	68,8	0,5	0,5	50,0	0,5	1,7	77,3
Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	2,1	6,0	74,1	1,1	0,5	31,3	1,0	5,5	84,6
Einzelhandel mit sonstigen Waren	14,2	5,7	28,6	3,0	0,9	23,1	11,2	4,8	30,0

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige			Selbständige			Abhängige ¹⁾		
	Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen	
	1 000	% 2)		1 000	% 2)		1 000	% 2)	
<u>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</u>	67,2	11,4	14,5	4,5	0,4	8,2	62,7	11,0	14,9
Eisenbahnen	29,1	1,2	4,0	-	-	-	29,1	1,2	4,0
Deutsche Bundespost	17,4	6,8	28,1	-	-	-	17,4	6,8	28,1
Straßenverkehr	13,9	1,9	12,0	3,7	0,3	7,5	10,2	1,6	13,6
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen	2,4	0,3	11,1	0,4	-	-	2,0	0,3	13,0
<u>Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</u>	18,2	13,4	42,4	1,5	0,2	11,8	16,7	13,2	44,1
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	12,2	10,2	45,5	0,3	0,1	25,0	11,9	10,1	45,9
Versicherungsgewerbe	6,1	3,1	33,7	1,2	0,2	14,3	4,9	2,9	37,2
<u>Dienstleistungen</u>	72,8	117,8	61,8	21,4	12,0	35,9	51,4	105,8	67,3
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	14,7	30,3	67,3	6,9	7,5	52,1	7,8	22,8	74,5
Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe) und Körperpflege	6,5	16,7	72,0	3,2	1,8	36,0	3,3	14,9	81,9
Wäscherei, Chemische Reinigung und Bekleidungsfärberei, Heißmanglelei und Bügelei	1,1	4,2	79,2	0,4	0,7	63,6	0,7	3,5	83,3
Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar (ohne Hausfassadenreinigung), Schornsteinfegergewerbe	1,4	2,0	58,8	0,4	-	-	1,0	2,0	66,7
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	4,0	10,5	72,4	2,4	1,1	31,4	1,6	9,4	85,5
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	22,7	25,4	52,7	1,6	0,7	30,4	21,1	24,7	53,9
Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport	18,5	22,3	54,7	0,8	0,4	33,3	17,7	21,9	55,3
Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen	2,7	1,4	33,3	0,5	0,1	16,7	2,2	1,3	37,1
Verlags-, Literatur- und Pressewesen	1,5	1,7	53,1	0,3	0,2	40,0	1,2	1,5	55,6
Gesundheits- und Veterinärwesen	11,1	34,4	75,6	4,0	1,2	23,1	7,1	33,2	82,4
Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie andere, vorwiegend für Unternehmen erbrachte Dienstleistungen	12,9	9,0	41,3	4,7	0,5	9,6	8,2	8,5	50,9
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	4,2	5,1	54,8	2,0	0,2	9,1	2,2	4,9	69,0
Architektur- u. Ingenieurbüros, Laboratorien u.ä. Institute	6,1	2,3	27,4	2,0	0,1	4,8	4,1	2,2	34,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung	1,7	1,1	39,3	0,3	0,1	25,0	1,4	1,0	41,7
Sonstige Dienstleistungen	5,0	1,9	27,9	0,9	0,4	30,8	4,1	1,5	26,8
<u>Organisationen ohne Erwerbscharakter u. private Haushalte</u>	6,2	12,5	66,8	0,1	-	-	6,1	12,5	67,2
Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	3,6	3,1	46,3	0,1	-	-	3,5	3,1	47,0
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige Organisationen ohne Erwerbscharakter	2,5	2,6	56,5	-	-	-	2,5	2,6	51,0
Private Haushalte	0,1	6,8	98,6	-	-	-	0,1	6,8	98,6
<u>Gebietskörperschaften und Sozialversicherung</u>	127,4	33,8	21,0	-	-	-	127,4	33,8	21,0
Gebietskörperschaften	123,2	30,9	20,0	-	-	-	123,2	30,9	20,1
Sozialversicherung	4,2	2,8	39,4	-	-	-	4,2	2,8	40,0
Insgesamt	999,6	523,5	34,4	135,3	36,4	21,2	864,3	487,1	36,0

1) Einschl. mithelfende Familienangehörige. - 2) Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl der Erwerbstätigen in %.

insgesamt nur 14,5% beträgt. Überraschend ist jedoch, daß von den Erwerbstätigen, die im Dienst der Gebietskörperschaften stehen, nur 20,0% Frauen sind, obwohl nahezu alle Aufgaben in diesem Bereich - abgesehen von der der Polizei obliegenden Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit - von Frauen ebenso gut wie von Männern wahrgenommen werden könnten. (Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die Anstalten und Einrichtungen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens usw. - also die Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser - in der wirtschaftssystematischen Gliederung dem Dienstleistungsbereich im engeren Sinne, Bundesbahn und Bundespost dem Verkehrsbereich zugeordnet werden und deren Erwerbstätige mithin nicht bei den Gebietskörperschaften erscheinen). Die Sozialversicherungsanstalten arbeiten dagegen in einem wesentlichen größerem Umfang mit Frauen: Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen erreicht hier fast 40%.

Vergleicht man den Frauenanteil in den nach der Stellung im Beruf abgegrenzten sozio-ökonomischen

Gruppen, so zeigt sich, daß Frauen am stärksten unter den Angestellten vertreten sind (45,6%). Auffällig ist wiederum, daß von den Beamten nur 10,3% Frauen sind. Frauen werden offensichtlich in einem sehr viel geringerem Umfang als Männer in das Beamtenverhältnis übernommen. Am ehesten ist das noch der Fall, wenn sie als Lehrerinnen Dienst tun. So waren 41,0% der Beamten im Bereich der Wissenschaft, Bildung und Erziehung Frauen; unter den Angestellten waren sie allerdings auch hier mit einem weit höherem Anteil vertreten (67,5%). Recht ungünstig fallen dagegen die entsprechenden Relationen für die Frauen bei der Bundesbahn und Bundespost aus: Von den Beamten stellen sie hier nur 1,2 und 15,3%, von den Angestellten demgegenüber 17,6 und 62,5%. Lassen sich diese Unterschiede bei der Bundesbahn und Bundespost zum Teil noch dadurch erklären, daß die Beamtenstellen in vielen Fällen für Funktionen reserviert sind, deren Ausübung überwiegend Männern vorbehalten ist, so ist schwer einzusehen, warum nur 2,1% der bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen tätigen Beamten Frauen sind.

Wirtschaftsabteilung	Männer				Frauen			
	1970		1961	Veränderung	1970		1961	Veränderung
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Erwerbstätige insgesamt								
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	84 471	51,6	42,5	- 43,4	79 253	48,4	57,5	- 60,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	10 507	86,3	90,9	- 31,1	1 669	13,7	9,1	9,8
Verarbeitendes Gewerbe	408 144	72,4	72,6	6,2	155 565	27,6	27,4	7,0
Baugewerbe	117 884	95,1	97,1	- 8,6	6 079	4,9	2,9	57,9
Handel	86 730	48,5	48,2	5,3	92 171	51,5	51,8	4,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	67 179	85,5	88,9	- 9,9	11 368	14,5	11,1	21,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	18 245	57,7	59,0	51,4	13 355	42,3	41,0	59,3
Dienstleistungen	72 774	38,2	38,6	19,5	117 828	61,8	61,4	21,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	6 243	33,4	19,2	7,5	12 473	66,6	80,8	- 48,9
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	127 432	79,0	79,4	22,3	33 775	21,0	20,6	25,3
Insgesamt	999 609	65,6	62,6	- 1,8	523 536	34,4	37,4	- 13,8
Selbständige								
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	48 474	87,7	76,0	- 47,6	6 796	12,3	24,0	- 76,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	59	79,7	100,0	490,0	15	20,3	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	26 020	88,7	86,3	- 19,1	3 325	11,3	13,7	- 34,6
Baugewerbe	10 365	97,2	97,4	- 7,8	296	2,8	2,6	- 1,3
Handel	22 970	63,3	62,0	- 21,2	13 326	36,7	38,0	- 25,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 477	92,4	94,3	- 14,0	369	7,6	5,7	17,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 461	85,7	83,0	31,0	243	14,3	17,0	6,1
Dienstleistungen	21 363	64,0	65,6	3,3	11 995	36,0	34,4	10,7
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	66	64,7	-	-	36	35,3	-	-
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	135 255	78,8	75,0	- 29,6	36 401	21,2	25,0	- 43,0
Abhängige ¹⁾								
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	35 997	33,2	24,7	- 36,7	72 457	66,8	75,3	- 58,2
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	10 448	86,3	90,9	- 31,4	1 654	13,7	9,1	8,8
Verarbeitendes Gewerbe	382 124	71,5	71,5	8,5	152 240	28,5	28,5	8,5
Baugewerbe	107 519	94,9	97,1	- 8,6	5 783	5,1	2,9	62,9
Handel	63 760	44,7	43,0	19,8	78 845	55,3	57,0	11,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	62 702	85,1	88,5	- 9,5	10 999	14,9	11,5	22,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	16 784	56,1	57,3	53,4	13 112	43,9	42,7	60,8
Dienstleistungen	51 411	32,7	31,9	27,7	105 833	67,3	68,1	23,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	6 177	33,2	19,2	6,4	12 437	66,8	80,8	- 49,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	127 432	79,0	79,4	22,3	33 775	21,0	20,6	25,3
Insgesamt	864 354	64,0	60,3	4,7	487 135	36,0	39,7	- 10,4

1) Einschl. mithelfende Familienangehörige.

Frauen an den herausgehobenen beruflichen Positionen weniger beteiligt.

Daß Frauen an den herausgehobenen beruflichen Positionen weniger beteiligt sind, läßt sich auch aus ihrem unterdurchschnittlichen Anteil an der Zahl der Selbständigen ableiten, der nur 21,2% ausmacht und seit 1961 (25,0%) sogar noch gefallen ist. Zwar wurde diese Abnahme zum Teil durch den starken Rückgang in der Zahl der weiblichen Betriebsinhaber in der Landwirtschaft veranlaßt, der durch die Bereinigung der Betriebsstruktur ausgelöst wurde und durch den der Anteil der Frauen an den Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft von 24,0 auf 12,3% gesunken ist. Aber auch im verarbeitenden Gewerbe und im Handel hat sich der Anteil der Frauen unter den Selbständigen noch vermindert: Von 13,7 auf 11,3% und von 38,0 auf 36,7%. Ähnlich wie in der Landwirtschaft dürfte

hierfür maßgebend gewesen sein, daß Frauen häufig Inhaber kleinerer Betriebe etwa im Textil- und Bekleidungsgewerbe oder im Einzelhandel sind, und diese Firmen sich nicht nur einem sehr scharfen Wettbewerb von seiten der größeren Unternehmen, sondern aufgrund von Wandlungen in der Nachfragestruktur auch rückläufigen Absatzmöglichkeiten gegenübersehen. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Frauen unter den Selbständigen im ausgesprochenen Dienstleistungsgewerbe (von 34,4 auf 36,0%).

Von den Arbeiterberufen ist eine große Anzahl ausschließlich oder vornehmlich Männern vorbehalten, so daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen hier von vornherein bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt sind, was in einem entsprechend unterdurchschnittlichen Anteil der Arbeiterinnen von 25,5% zum Ausdruck kommt. Umge-

kehrt handelt es sich bei den mithelfenden Familienangehörigen zu 80,7% um Frauen, ein weiteres Indiz dafür, daß die Frauen von einer gleichberechtigten Stellung im Berufsleben noch weit entfernt sind, denn der Anteil der Frauen an den mithelfenden Familienangehörigen kann jedenfalls in dieser Höhe keineswegs allein dadurch bedingt sein, daß für die Frauen aufgrund ihrer Belastung durch Familie und Haushalt nur eine mithelfende Rolle in Betracht kommt.

Für eine verstärkte Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben scheint auf den ersten Blick der hohe

Anteil der weiblichen Lehrlinge (40,5%) zu sprechen. Diese Annahme ist jedoch insofern nicht zutreffend, als die Mädchen sich nach ihrer Schulentlassung natürlich zunächst einer Berufsausbildung unterziehen; ob sie diesen Beruf später nach der Eheschließung dann auch ausüben werden, steht auf einem anderen Blatt. Außerdem hätte man bei den relativ gleichmäßigen Anteilen der Jungen und Mädchen an den in die normale Ausbildungszeit fallenden Geburtsjahrgängen einen höheren Anteil für die weiblichen Lehrlinge erwarten können.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Regionale Absatzintensität im Einzelhandel 1967 bis 1970

Methodische Grundlagen

Im Rahmen der Erhebungskonzepte der amtlichen Statistik ist der Binnenhandel bisher weniger berücksichtigt worden als die anderen Wirtschaftsbereiche, obwohl die Distributionsfunktion, eine der wichtigsten Säulen des tertiären Bereichs, seit Jahren ständig an Bedeutung gewinnt. Nunmehr sind die zuständigen Stellen bemüht, ein revidiertes Konzept der Binnenhandelsstatistik zu realisieren, wobei am Beginn die Aufnahme einer sog. Kombinationsstatistik für das Berichtsjahr 1974 Ende 1975 geplant ist.

Die Möglichkeit, die Daten der monatlichen, als repräsentative Erhebung konzipierten Einzelhandelsstatistik mit den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik zu kombinieren, um regional zutreffende Jahresangaben für den Einzelhandel gewinnen zu können, wurde in Rheinland-Pfalz frühzeitig erkannt und für das Berichtsjahr 1966 erstmals mit Erfolg praktiziert¹⁾. Seither wird für Rheinland-Pfalz im zweijährigen Turnus jeweils in Verbindung mit dem Rhythmus der Umsatzsteuerstatistik die regionale Absatzintensität im Einzelhandel ermittelt. Diese Daten fanden ein so großes Interesse, daß deren Erstellung künftig in das amtliche statistische Bundesprogramm übernommen werden soll. Dies ist im Hinblick auf die erheblich besseren Aussagen für diesen bedeutenden Wirtschaftsbereich sehr zu begrüßen. Damit würde gegebenenfalls zugleich die Möglichkeit geschaffen, auch den Großhandel in eine Kombinationsstatistik einzubeziehen, so daß der Untersuchungsbereich verbreitert und Änderungen in der wirtschaftlichen Betätigung bzw. in der Zuordnung besser erkannt werden könnten. Diese erweiterte Konzeption würde eine eindeutige Abstimmung und Verbesserung der Ergebnisse ermöglichen, wie sie im Zusammenhang mit der letzten Handels- und Gaststättenzählung 1968, aber auch der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung 1970 erfolgte. So konnten die Ergebnisse für die Jahre 1968 und insbesondere 1970 durch diesen Zählungsverbund erheblich verbessert werden. Gleichzeitig wurde auch die Chance der Verbesserung der Unternehmensergebnisse, wie sie im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik anfallen, hinsichtlich der wirtschaftssystematischen Zuordnung und der Anpassung an Funktionsänderungen der Wirtschaftsinstitutionen genutzt. Dies beeinträchtigt zwar den Zeitvergleich der Reihen, führt aber zu einer gewünschten

Ergebnisverbesserung und schlägt sich insbesondere in den ab 1972 anfallenden Werten nieder. Auch wird dadurch künftig eine Beschleunigung der Ergebnisdarbietung der Kombinationsstatistik ermöglicht. Zugleich zeigten diese Arbeiten, daß die Verknüpfung von Einzel- und Großhandelsfunktionen nicht selten außerordentlich eng ist und eine Bereichsergänzung dringend erwünscht wäre, da bei Addition der beiden Ergebnisse zum Binnenhandel, notwendigerweise unter Ausschluß der weniger bedeutsamen Handelsvermittlung, Schwerpunktverlagerungen bzw. nachträgliche Umsetzungen sich im Gesamtergebnis aufheben. Die Einführung einer repräsentativen kurzfristigen Statistik für die Handelsvermittlung würde den Informationsbedarf für diesen Bereich hinreichend abdecken.

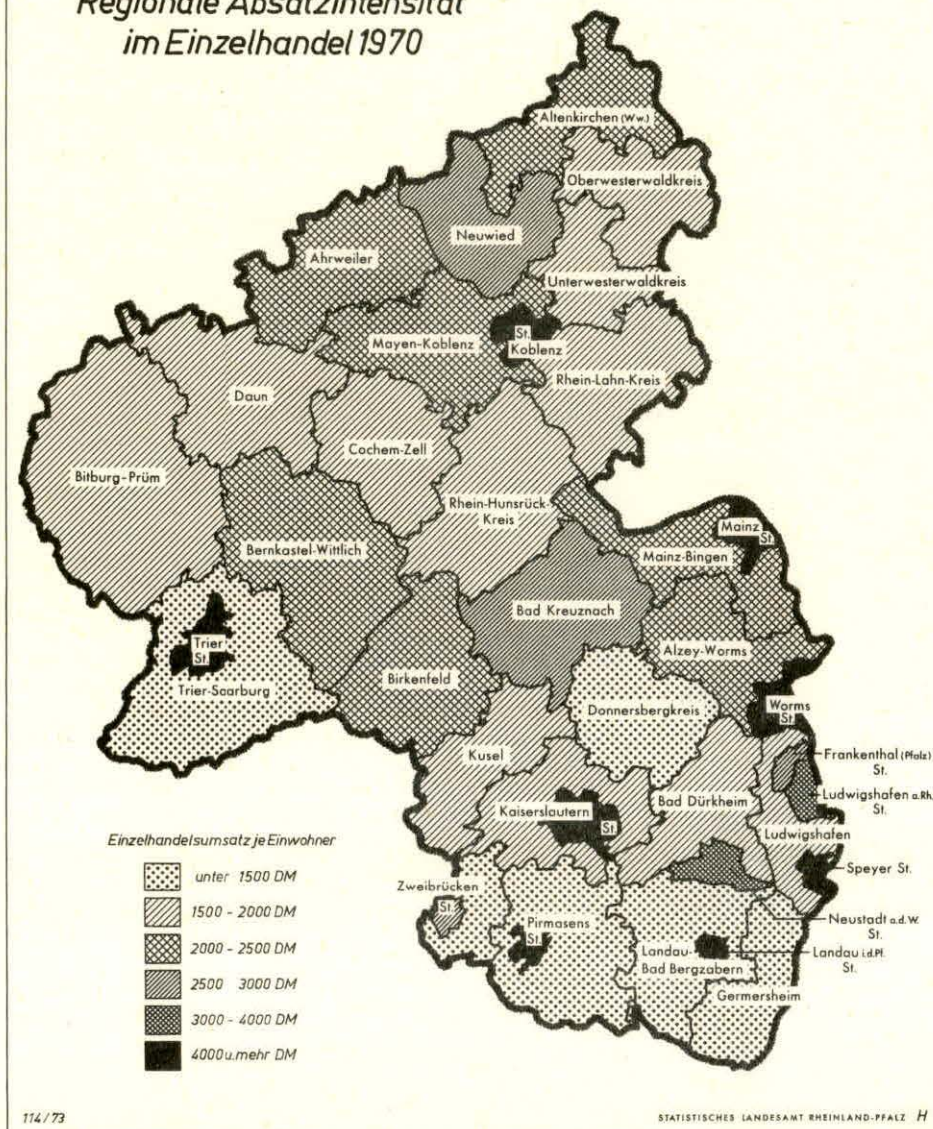
Auf eine Verknüpfung der Ergebnisse 1966 bis 1970 muß infolge der Änderungen der Gebietsstände verzichtet werden. Ein Vergleich der Ergebnisse der Jahre 1968 bis 1970 ist aber möglich. Dabei basieren die Daten des Jahres 1968 auf dem Gebietsstand 31. 12. 1969 und die des Jahres 1970 auf dem 1. 1. 1971. Die kreisüberschreitenden Änderungen dieser Phase gestatten einen Vergleich, wobei im Einzelfall Korrekturen, die diesen Vergleich indes nicht entscheidend beeinflussen, beachtet werden müssen. Hier schien es nützlich, die vergleichbaren Umsatzergebnisse des Jahres 1967 der letzten Handels- und Gaststättenzählung einzubeziehen, um den Vergleichszeitraum zu erweitern und um aufzuzeigen, daß die Ergebnisse der Kombinationsstatistik sich in diesem Rahmen einpassen. Für die Umsatzreihe 1967 war der Gebietsstand 7. 11. 1970 maßgebend.

Wachsende Konzentration

Der Vergleich von Unternehmens- und Betriebsergebnissen in regionaler Differenzierung, wie er durch die Kombinationsstatistik möglich ist, wird auch in Zukunft wirtschaftspolitisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, da er im Prozeß der zunehmenden Agglomeration Aufschluß über die wachsende Abhängigkeit von Entscheidungszentralen gibt, während man dieses Problem in den vergangenen Strukturerhebungen des Handels noch vernachlässigen konnte. Hier vollzieht sich langfristig ein Strukturwandel, ähnlich wie im Bereich der Landwirtschaft, allerdings mehr oder weniger verdeckt durch den Generationenwechsel. Da die Hauptverwaltungen großer Handelsunternehmen

1) K. Nold: Regionale Absatzintensität im Einzelhandel, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 21, Heft 12, Dezember 1968.

Regionale Absatzintensität im Einzelhandel 1970



die bekannten Wirtschaftszentren als Standorte bevorzugen, klappte in der Differenzierung der Umsatzwerte nach den örtlichen Niederlassungen und dem Sitz der Hauptverwaltungen stets eine Lücke, welche sich infolge der aufgezeigten Konzentrationsprozesse ständig vergrößert, ein Phänomen, das beispielsweise auch für die Produktionswirtschaft gilt. Für das Land insgesamt übertrafen nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählungen die Umsätze der Niederlassungen die der Unternehmen im Jahre 1959 um 8,2 und 1967 bereits um 17,4%. Beim Einzelhandel standen zunächst vor allem die Großstädte im Brennpunkt der großen Kaufhauskonzerne, wobei eine Rivalität um die günstigen Standorte der Citylagen entbrannte, deren Einzugsbereich weit in das Umland ausstrahlt und die Ergebnisse sowie die Umsatztätigkeit der benachbarten Landkreise zunehmend beeinflusst. Diese Entwicklung ist noch keineswegs abgeschlossen, wie das Beispiel der Stadt Trier zeigt, wo zur

Zeit namhafte Kaufhauskonzerne Niederlassungen errichten. Gleichzeitig rücken aber auch Mittelzentren in das Interesse der Handelskonzerne, wo diese nicht selten über Niederlassungen von Tochtergesellschaften Fuß fassen.

Handelskonzerne bevorzugen Citylage

Obwohl auch in den rheinland-pfälzischen Großstädten regional bedeutsame Filialunternehmen ihren Sitz haben, ist dort die Diskrepanz zwischen Unternehmens- und Niederlassungswerten am größten. Dies gilt vor allem für die Landeshauptstadt Mainz, wo bereits im Jahre 1970 fast alle bedeutenden Großunternehmen Filialen unterhielten und um die wachsende Nachfrage konkurrierten. Hier übertraf das Niederlassungsergebnis im Jahre 1970 bereits den Unternehmensumsatz um zwei Drittel. Die Filialgründungen bzw. der Ausbau bestehender Niederlassungen nach 1970 zeigt, daß diese Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen ist, obwohl sowohl für Mainz als auch für Ludwigshafen infolge der Nähe der Einkaufszentren Wiesbaden und

Mannheim nur eine die Landesgrenze überschneidende Analyse ein vollständiges Entwicklungsbild zu bieten vermöchte. Dies wird, wie eingangs bereits erwähnt, erst möglich, wenn die Kombinationsstatistik bundeseinheitlich erstellt wird, was nach dem derzeitigen Diskussionsstand erstmals 1974 zu erwarten ist. Auch für Ludwigshafen und Speyer differierten die Umsätze der Betriebe und Unternehmen um rund 50%. Für Koblenz belief sich die Abweichung auf knapp 20%, was nicht auf eine schwächere Besetzung von Filialen von Großunternehmen zurückzuführen ist, sondern hier domizilieren größere Filialunternehmen.

Umsatz je Einwohner stark gestiegen

Aufschlußreich ist die Inbeziehungsetzung des Einzelhandelsumsatzes zur Einwohnerzahl. Bei dem starken regionalen Gefälle ist neben der Berücksichtigung der Einzugsbereiche der Handelszentren auch die unterschiedliche Einkommensstruktur, wie diese beispielsweise auf Grund der Ergebnisse der

Einzelhandelsumsatz der örtlichen Niederlassungen nach Verwaltungsbezirken 1967 - 1970

Verwaltungsbezirk ¹⁾	1967			1968				1970			
	ins- gesamt	je Einwohner		ins- gesamt	Verän- derung	je Einwohner		ins- gesamt	Verän- derung	je Einwohner	
	Mill. DM	DM	Ab- weichung in %	Mill. DM	%	DM	Ab- weichung in %	Mill. DM	%	DM	Ab- weichung in %
Kreisfreie Stadt Koblenz	506	4 801	151,0	510	0,8	4 802	139,0	693	35,9	5 772	124,7
Landkreise											
Ahrweiler	175	1 843	- 3,7	176	0,6	1 830	- 8,9	229	30,1	2 158	- 16,0
Altenkirchen (Ww.)	186	1 560	- 18,5	199	7,0	1 639	- 18,4	259	30,2	2 111	- 17,8
Bad Kreuznach	309	2 122	10,9	327	5,8	2 234	11,2	409	25,1	2 755	7,2
Birkenfeld	183	1 906	- 0,4	177	- 3,3	1 849	- 8,0	223	26,0	2 393	- 6,9
Cochem-Zell	102	1 502	- 21,5	106	3,9	1 573	- 21,7	129	21,7	1 975	- 23,1
Mayen-Koblenz	285	1 287	- 32,7	339	18,9	1 520	- 24,3	384	13,3	2 043	- 20,5
Neuwied	297	1 992	4,1	307	3,4	2 034	1,2	387	26,1	2 581	0,5
Oberwesterwaldkreis	97	1 266	- 33,8	111	14,4	1 425	- 29,1	146	31,5	1 857	- 27,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	112	1 279	- 33,1	122	8,9	1 385	- 31,1	146	19,7	1 654	- 35,6
Rhein-Lahn-Kreis	169	1 422	- 25,7	173	2,4	1 458	- 27,4	202	16,8	1 697	- 33,9
Unterwesterwaldkreis	117	1 391	- 27,3	129	10,3	1 513	- 24,7	164	27,1	1 869	- 27,2
Reg. Bez. Koblenz	2 539	1 857	- 2,9	2 676	5,4	1 943	- 3,3	3 371	26,0	2 465	- 4,0
Kreisfreie Stadt Trier	392	3 754	96,2	402	2,6	3 891	93,7	495	23,1	4 786	86,3
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	172	1 586	- 17,1	189	9,9	1 743	- 13,2	253	33,9	2 306	- 10,2
Bitburg-Prüm	128	1 322	- 30,9	139	8,6	1 438	- 28,4	171	23,0	1 839	- 28,4
Daun	71	1 652	- 13,6	62	- 12,7	1 421	- 29,3	88	41,9	1 557	- 39,4
Trier-Saarburg	110	902	- 52,8	125	13,6	1 024	- 49,0	174	39,2	1 459	- 43,2
Reg. Bez. Trier	873	1 841	- 3,8	917	5,0	1 935	- 3,7	1 181	28,8	2 450	- 4,6
Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)	84	2 153	12,5	88	4,8	2 165	7,8	125	42,0	2 946	14,7
Kaiserslautern	356	3 560	86,1	369	3,7	3 693	83,8	437	18,4	4 315	68,0
Landau i. d. Pfalz	128	4 018	110,0	165	28,9	5 094	153,6	192	16,4	6 089	137,0
Ludwigshafen a. Rhein	425	2 456	28,4	440	3,5	2 518	25,3	560	27,3	3 190	24,2
Mainz	602	3 501	83,0	630	4,7	3 567	77,6	795	26,2	4 451	73,3
Neustadt a. d. Weinstr.	122	2 411	26,0	121	- 0,8	2 370	18,0	157	29,8	3 086	20,1
Pirmasens	175	3 090	61,5	187	6,9	3 331	65,8	247	32,1	4 514	75,7
Speyer	125	3 001	56,9	121	- 3,2	2 868	42,8	173	43,0	4 039	57,2
Worms	229	2 939	53,6	241	5,2	3 094	54,0	309	28,2	4 024	56,6
Zweibrücken	88	2 666	39,4	94	6,8	2 847	41,7	89	- 5,3	2 748	7,0
Landkreise											
Alzey-Worms	124	1 262	- 34,0	184	48,4	1 869	- 7,0	245	33,2	2 487	- 3,2
Bad Dürkheim	160	1 380	- 27,9	155	- 3,1	1 328	- 33,9	201	30,0	1 726	- 32,8
Donnersbergkreis	67	1 002	- 47,6	71	6,0	1 048	- 47,8	93	31,0	1 374	- 46,5
Germersheim	91	1 005	- 47,5	95	4,4	1 021	- 49,2	129	35,8	1 347	- 47,6
Kaiserslautern	106	1 167	- 39,0	101	- 4,7	1 118	- 44,4	150	48,5	1 649	- 35,8
Kusel	106	1 283	- 32,9	104	- 1,9	1 266	- 37,0	144	38,5	1 737	- 32,4
Landau-Bad Bergzabern	105	1 005	- 47,5	115	9,5	1 102	- 45,1	151	31,3	1 441	- 43,9
Ludwigshafen	105	905	- 52,7	114	8,6	960	- 52,2	203	78,1	1 678	- 34,7
Mainz-Bingen	259	1 726	- 9,8	275	6,2	1 815	- 9,7	355	29,1	2 336	- 9,1
Pirmasens	83	1 038	- 45,7	91	9,6	1 121	- 44,2	117	28,6	1 441	- 43,9
Zweibrücken	22	696	- 63,6	24	9,1	752	- 62,6	29	20,8	912	- 64,5
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	3 562	1 975	3,2	3 784	6,2	2 078	3,4	4 898	29,4	2 678	4,2
Rheinland-Pfalz	6 974	1 913	-	7 377	5,8	2 009	-	9 450	28,1	2 569	-
Kreisfreie Städte	3 233	3 279	71,4	3 368	4,2	3 388	68,6	4 270	26,8	4 228	64,6
Landkreise	3 741	1 407	- 26,5	4 008	7,1	1 497	- 25,5	5 180	29,2	1 941	- 24,4

1) Gebietsstand = 1967: 7.11.1970, 1968: 31.12.1969, 1970: 1.1.1971.

Einzelhandelsumsatz der örtlichen Niederlassungen nach Branchen und Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 1.1.1971)	Waren aller Art	Nahrungs- und Genußmittel	Textil- waren, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf 1)	Pharmazeu- tische und kosmetische Artikel 2)	Fahrzeuge, Maschinen, Büroein- richtungen	Sonstige Waren 3)
	1 000 DM						
Kreisfreie Stadt Koblenz	187 105	118 163	153 657	82 948	31 129	55 356	64 354
Landkreise							
Ahrweiler	23 065	81 195	28 142	36 440	22 594	18 823	18 614
Altenkirchen (Ww.)	16 908	93 879	42 129	38 397	23 198	27 013	17 464
Bad Kreuznach	50 864	174 488	55 994	45 414	27 082	36 249	18 617
Birkenfeld	15 795	69 103	28 815	40 507	16 298	38 155	13 881
Cochem-Zell	10 944	49 301	16 646	23 330	11 091	11 073	6 994
Mayen-Koblenz	72 379	130 622	45 083	38 846	29 242	42 855	24 693
Neuwied	30 285	121 341	57 116	68 829	26 581	60 859	22 711
Oberwesterwaldkreis	9 495	56 257	24 818	19 894	12 597	13 015	9 930
Rhein-Hunsrück-Kreis	11 291	52 748	22 475	23 661	13 770	12 479	10 038
Rhein-Lahn-Kreis	5 815	83 870	25 601	28 524	27 071	15 559	15 144
Unterwesterwaldkreis	13 121	68 990	16 561	19 093	13 043	20 390	12 981
Reg. Bez. Koblenz	447 067	1 099 937	517 037	465 883	253 696	351 826	235 421
Kreisfreie Stadt Trier	112 644	98 637	104 949	70 960	31 967	48 506	27 154
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	9 730	89 647	41 069	34 163	16 000	42 499	19 979
Bitburg-Prüm	18 508	49 556	25 512	22 098	12 933	24 672	17 697
Daun	9 807	33 735	10 217	13 464	8 463	8 709	3 858
Trier-Saarburg	29 032	62 773	15 903	30 740	11 737	13 203	10 704
Reg. Bez. Trier	179 721	334 348	197 650	171 425	81 100	137 589	79 392
Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)	25 169	39 660	15 042	15 307	9 248	12 950	7 191
Kaiserslautern	97 266	100 060	75 778	56 470	23 148	61 781	22 047
Landau i. d. Pfalz	54 483	39 482	35 117	27 153	12 570	13 320	9 483
Ludwigshafen a. Rhein	125 326	149 845	86 230	60 995	36 759	62 677	37 747
Mainz	186 103	180 509	141 967	128 957	43 696	74 785	39 049
Neustadt a. d. Weinstr.	13 042	47 413	26 605	20 433	13 391	20 331	15 500
Pirmasens	50 582	52 217	58 842	24 987	14 627	30 356	15 732
Speyer	39 665	46 675	23 558	24 271	8 571	20 042	9 930
Worms	53 117	83 600	38 576	46 374	17 478	50 549	19 533
Zweibrücken	5 088	25 038	17 291	12 872	8 780	10 753	9 453
Landkreise							
Alzey-Worms	84 421	70 020	17 652	20 251	12 162	19 761	20 260
Bad Dürkheim	9 406	75 487	37 498	28 200	18 612	16 454	15 400
Donnersbergkreis	5 866	44 601	7 340	11 050	10 033	4 064	9 916
Germersheim	2 364	57 449	15 710	13 248	11 580	12 947	15 348
Kaiserslautern	4 342	60 394	19 703	21 387	12 005	20 391	11 476
Kusel	4 890	53 039	19 247	20 663	11 231	10 553	23 881
Landau-Bad Bergzabern	1 527	74 529	21 647	18 175	11 341	11 176	12 366
Ludwigshafen	1 344	127 312	13 215	15 064	14 414	10 943	20 370
Mainz-Bingen	7 973	204 691	30 012	44 263	27 230	22 416	18 406
Pirmasens	267	55 432	20 669	14 268	10 278	8 121	8 287
Zweibrücken	883	13 717	2 787	5 419	2 488	1 422	2 692
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	773 135	1 601 170	724 486	629 807	329 642	495 792	344 037
Rheinland-Pfalz	1 399 923	3 035 455	1 439 173	1 267 115	664 438	985 207	658 850
Kreisfreie Städte	949 590	981 299	777 612	571 727	251 364	461 406	277 173
Landkreise	450 333	2 054 156	661 561	695 388	413 074	523 801	381 677

1) Einschl. feinmechanischer und optischer Erzeugnisse, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren, Musikinstrumente, - 2) Einschl. Putz- und Reinigungsmittel, - 3) Papierwaren und Druckerzeugnisse, Brennstoffe und Mineralölzeugnisse; Sämereien und Blumen, Lacke, Farben, Tapeten und Fußbodenbelag.

Arbeitsstättenzählung 1970 erstmals für Arbeitnehmer erhellt wurde¹⁾, von Bedeutung. Der Umfang der Eigenversorgung schlägt sich zwar im ländlichen Raum in den Ergebnissen geringfügig nieder, doch dürfte dieser „Störfaktor“ immer mehr an Bedeutung verlieren. Der Umsatz je Einwohner erhöhte sich von 1913 DM im Jahre 1967 auf 2009 DM im Jahre 1968. Dieser relativ geringe Anstieg ist im Zusammenhang mit der damaligen Rezessionsphase zu sehen, als die Umsatzausweitung im Einzelhandel nach den Ergebnissen der monatlichen Berichterstattung auf 2,4% absank. Von 1968 auf 1970 erhöhte sich dann der Einzelhandelsumsatz je Einwohner auf 2569 DM und spiegelt die damalige Konjunktur- und Einkommensentwicklung wider.

Kreisfreie Städte führen

Die Schwankungsbreite um diese Mittelwerte war in der Ergebniszusammenfassung nach Regierungsbezirken in den genannten Jahren auffallend gering und verlief in der Entwicklung gleichförmig. Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz übertraf den Mittelwert in etwa um den gleichen Anteilsatz, um den die beiden übrigen Regierungsbezirke unter diesem blieben. Indes zeigt die Ergebnisdifferenzierung nach Landkreisen und kreisfreien Städten ein sehr aufschlußreiches Bild. Der Landesdurchschnitt wurde 1970 in den kreisfreien Städten um 64,6% übertroffen. Folglich blieb das Ergebnis der Landkreise um 24,4% unter dem Durchschnitt. Der Einzelhandelsumsatz in den kreisfreien Städten übertraf somit (im Jahre 1970) mit 4228 DM je Einwohner die entsprechende Relation der Landkreise (1941 DM) um mehr als das Doppelte (+ 117,8%). Spitzenreiter war hier unter den kreisfreien Städten wie schon 1968 Landau in der Pfalz (+ 137%) vor Koblenz (+ 124,7%), gefolgt in weitem Abstand von Trier (+ 86,3%). Nur im Jahre 1967 hatte Koblenz (+ 151%) Landau (+ 110%) übertroffen. Die geringste Abweichung ergab sich für die Stadt Zweibrücken mit einem Wert von 7%. Unter den Landkreisen wurde nur für Bad Kreuznach ein um 7,2% über dem Landesdurchschnitt liegender Umsatzwert je Einwohner erzielt, während für Neuwied das Landesergebnis ermittelt wurde (+ 0,5%). Im Regierungsbezirk Koblenz wurden die geringsten Sätze für die Landkreise Rhein-Hunsrück (— 35,6%) und Rhein-Lahn (— 33,9%) errechnet. Im Vergleich zu der Stadt Koblenz, zu dessen engstem Einzugsbereich diese Landesteile zählen, ergaben sich Abweichungen von — 71,3 bzw. — 70,6% und bezogen auf die Umsatzwerte dieser Landkreise für Koblenz solche von + 249 und + 240%. Im Regierungsbezirk Trier rangierte der Landkreis Trier-Saarburg mit einem Umsatzbetrag von 1459 DM je Einwohner auf dem letzten Rang. Im Landesvergleich entsprach dies einer negativen Abweichung von 43,2%. Bezogen auf die Stadt Trier beliefen sich die Diskrepanzen auf — 69,5 bzw. + 228%. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

blieb der Einzelhandelsumsatz allein im früheren Landkreis Zweibrücken unter der 1000-DM-Marke, so daß hier zugleich die höchste negative Abweichung zum Landesdurchschnitt mit 64,5% zu verzeichnen war, was bereits auch für die Jahre 1967 und 1968 galt. Für die kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz errechnet sich mit 3919 DM je Einwohner eine negative Abweichung von dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte des Landes, der durch die relativ hohen Umsatzwerte der Städte Koblenz und Trier wesentlich beeinflusst ist. Gleiches gilt für die Landkreise der Pfalz und Rheinhessens (1742 DM). Bezogen auf den Durchschnittswert dieses Regierungsbezirks in Höhe von 2678 DM betrug die Abweichung der kreisfreien Städte hier 46,3%, während die Landkreise um 35% dieses Ergebnis unterschritten. Der Einzelhandelsumsatz im Landkreis Germersheim und im Donnersbergkreis blieb unter 1400 DM je Einwohner. Interessant ist vor allem das Ergebnis für den Landkreis Germersheim, der in der Reihenfolge des Einkommensniveaus der Arbeitnehmer Rang 7 im Lande belegte. Diese Divergenz erklärt sich für Germersheim aus der zentralen Lage dieser Region zu der Stadt Karlsruhe.

Nahrungs- und Genußmittelbranche dominiert

Die anhand der Kombinationsstatistik ermittelte regionale Absatzintensität, die sich bis zur Gemeindeebene auffächern läßt, kann zugleich in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung nach Wirtschaftsgruppen und -klassen dargeboten werden. Indessen erscheint eine wirtschaftssystematische Zusammenfassung nach den sieben üblichen Branchengruppen ausreichend. Bei der Interpretation dieser Werte ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese Gruppierung nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Betätigung der Einzelhandelsbetriebe erfolgt, nicht aber des Einzelhandelsumsatzes der Betriebe nach verkauften Erzeugnisgruppen.

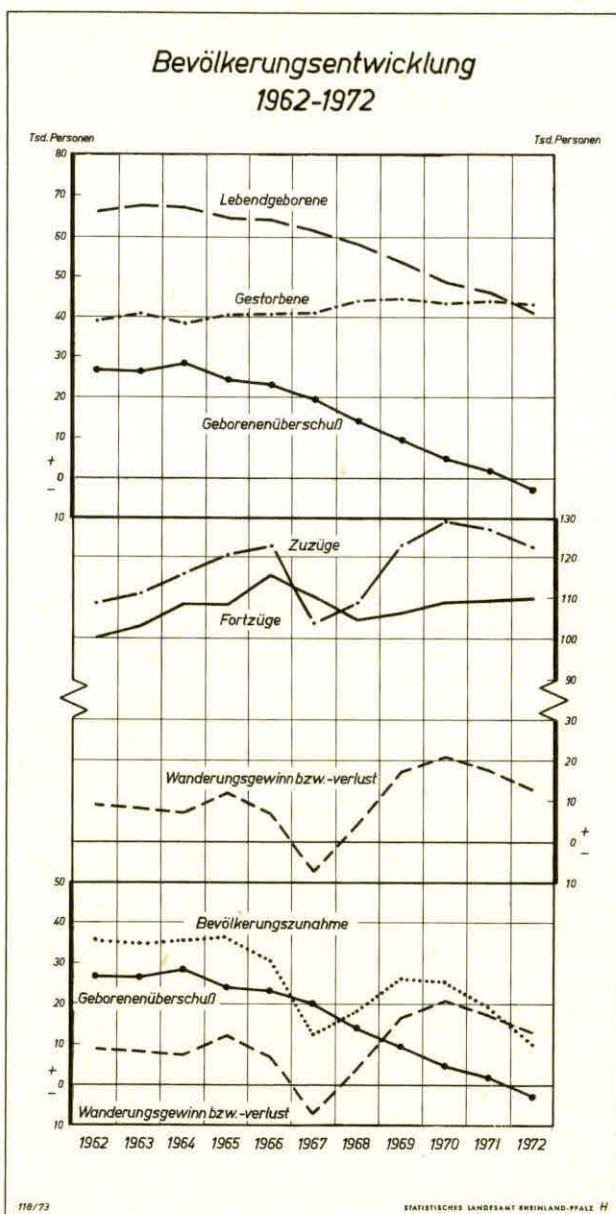
Von dem Einzelhandelsumsatz in Höhe von knapp 9,5 Mrd. DM im Jahre 1970 entfiel nahezu ein Drittel auf die Geschäfte mit Nahrungs- und Genußmitteln. Auf Platz zwei folgte mit 15,2% die Textilwaren- und Schuhbranche vor den Geschäften mit Waren aller Art, worunter vornehmlich die Kaufhäuser zu subsumieren sind. Am Beispiel des Bereiches Hausrat und Wohnbedarf auf Platz vier kann in der regionalen Differenzierung nach Regierungsbezirken aufgezeigt werden, daß diese Gruppierung relativ konstant ist. Bei einem Anteilsatz von 13,4% für das Land, der zugleich für die kreisfreien Städte als auch Landkreise gilt, ist die Quote mit 12,9% in Rheinhessen-Pfalz bis 14,5% in Trier relativ konstant. Das gilt besonders auch für die Restgruppe Sonstige Waren mit einem Landesanteil von 7%. Nur im Regierungsbezirk Trier wurde diese Quote mit 6,7% nicht ganz erreicht, wobei sich allerdings eine Abweichung zwischen Landkreisen (7,4%) und kreisfreien Städten (6,5%) errechnet.

Dr. K.-H. Speth

1) K.-H. Speth: Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 26, Heft 8, August 1973.

Bevölkerungsentwicklung 1972

Zum Ende des Jahres 1972 wurde für Rheinland-Pfalz auf der Basis des Volkszählungsergebnisses vom 27. Mai 1970 mit Hilfe der Wanderungsstatistik und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung eine Bevölkerungszahl von 3 690 400 fortgeschrieben. Von diesen Personen waren 1 765 800 (47,8%) männlichen und 1 924 600 (52,2%) weiblichen Geschlechts. In diesen Zahlen sind rund 2 000 Personen enthalten, die infolge einer Unterfassung seitens der Gemeinden im Rahmen der Volkszählung 1970 zum 31. Dezember 1972 in einigen Kreisen nachgetragen wurden. Der Nachtrag wurde für die betroffenen Gebiete aus technischen Gründen als Zuzug von Unbekannt verbucht. Die in diesem Aufsatz dargestellten Wanderungszahlen des Berichtsjahres stellen jedoch die für 1972 tatsächlich ermittelten Werte dar.



Geringstes Bevölkerungswachstum seit Kriegsende

Die Bevölkerungsentwicklung, die zahlenmäßig von den Lebendgeborenen, Gestorbenen, Zu- und Fortgezogenen bestimmt wird, nahm im Berichtsjahr einen ungünstigeren Verlauf als in den Jahren zuvor. Sie wird im wesentlichen durch zwei Erscheinungen gekennzeichnet: durch einen relativ hohen Wanderungsgewinn, der mit 12 800 (das sind + 3,5 Personen auf 1000 der Bevölkerung vom Jahresanfang) den Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre um ein Viertel übersteigt und selbst das langfristige Mittel der letzten 20 Jahre geringfügig übertrifft, und einem erstmals seit Bestehen des Landes registrierten Überschuß der Gestorbenen über die Lebendgeborenen in Höhe von 2900 Menschen (— 0,8 Personen auf 1000 Einwohner). Das Zusammenwirken der Wanderungskomponente und der Komponente der natürlichen Bevölkerungsbewegung brachte mit 9900 Personen (+ 2,7 a. T.) das geringste absolute und prozentuale Bevölkerungswachstum seit Kriegsende. Die Zunahme des Jahres 1971 wurde um 9700, und selbst die des Rezessionsjahres 1967 noch um 2800 unterschritten.

Zuwachs erneut unter dem Bundesdurchschnitt

Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz mit einem Bevölkerungsanstieg von + 2,7 Personen auf 1000 Einwohner erneut unter dem Bundesdurchschnitt (+ 5,0 a. T.), rangiert jedoch vor den Stadtstaaten Berlin (— 10,3 a. T.), Hamburg (— 8,6 a. T.) und Bremen (— 6,4 a. T.) sowie vor dem Saarland (— 3,0 a. T.). Die Länder Baden-Württemberg (+ 10,9 a. T.), Bayern (+ 8,2 a. T.), Schleswig-Holstein (+ 8,1 a. T.), Hessen (+ 7,9 a. T.), Niedersachsen (+ 4,8 a. T.) sowie Nordrhein-Westfalen (+ 3,2 a. T.) weisen für das Berichtsjahr eine bessere Bilanz auf. Der Grund hierfür ist darin zu finden, daß diese Länder noch günstigere Wanderungsbilanzen und - außer Schleswig-Holstein - auch höhere Geburtenziffern verbuchen konnten. Aus der Sicht der Wanderungsstatistik übten die größte Attraktivität Schleswig-Holstein (Wanderungssaldo von + 9,4 Personen auf 1000 Einwohner), Baden-Württemberg (+ 8,7 a. T.), Hessen (+ 8,5 a. T.) und Bayern (+ 7,8 a. T.) aus. Nur noch in den beiden süddeutschen Ländern Baden-Württemberg und Bayern leistete die natürliche Bevölkerungsbewegung mit einem Geborenenüberschuß (+ 2,2 a. T. bzw. + 0,2 a. T.) einen positiven Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung. Der Sterbeüberschuß war in den drei Stadtstaaten Berlin (— 10,0 a. T.), Hamburg (— 5,9 a. T.) und Bremen (— 2,7 a. T.) am größten.

Landkreise wachsen stärker als kreisfreie Städte

Betrachtet man das Bevölkerungswachstum auf Regierungsbezirks- und Kreisebene, so erkennt man regional recht unterschiedliche Zuwachsraten, wobei die an der Rheinachse gelegenen Gebiete eine günstigere, die geographisch benachteiligten Landesteile des Eifel-Hunsrück-Raumes und der Westpfalz eine ungünstigere Entwicklung zeigen. Wäh-

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenze		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
Insgesamt				
1962	110 891	109 205	100 109	9 096
1963	117 196	111 492	103 148	8 344
1964	122 621	116 235	109 092	7 143
1965	120 209	121 000	108 883	12 117
1966	128 407	123 165	116 185	6 980
1967	127 225	103 730	111 019	- 7 289
1968	134 060	109 108	104 828	4 280
1969	128 117	123 325	106 138	17 187
1970	122 942	129 860	109 011	20 849
1971	124 208	126 962	109 423	17 539
1972	125 886	122 587	109 786	12 801
Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung				
1962	32,1	31,6	29,0	2,6
1963	33,5	31,9	29,5	2,4
1964	34,7	32,9	30,9	2,0
1965	33,7	33,9	30,5	3,4
1966	35,6	34,2	32,3	1,9
1967	35,1	28,7	30,7	- 2,0
1968	36,9	30,0	28,8	1,2
1969	35,0	33,7	29,0	4,7
1970	33,4	35,2	29,6	5,7
1971	33,8	34,6	29,8	4,8
1972	34,2	33,3	29,8	3,5

1) Einschl. Wanderungen innerhalb der Kreise; jedoch ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

rend die Einwohnerzahl des Regierungsbezirks Koblenz mit + 3,7 a. T. überdurchschnittlich zunahm, stieg die des bevölkerungsreichsten Bezirks Rheinhessen-Pfalz um 2,9 a. T. Der Bezirk Trier verzeichnete einen Verlust von 0,9 a. T. Die Landkreise, in denen nahezu drei Viertel aller Rheinland-Pfälzer ihren Wohnsitz haben, schnitten - wie bereits in den Vorjahren - insgesamt mit + 3,6 a. T. bedeutend besser ab als die kreisfreien Städte (+ 0,3 a. T.). Zwei von drei kreisfreien Städten, aber nur einer von drei Landkreisen mußte im Berichtsjahr einen Bevölkerungsrückgang hinnehmen. Die stärksten Abnahmen wurden für die Städte Zweibrücken (- 13,2 a. T.), Pirmasens (- 12,8 a. T.), Ludwigshafen und Trier (jeweils - 6,1 a. T.) sowie die Landkreise Birkenfeld (- 6,3 a. T.) und Pirmasens (- 5,4 a. T.), die höchsten Zunahmen für die Städte Speyer (+ 15,3 a. T.), Mainz (+ 13,8 a. T.) und Frankenthal (+ 9,8 a. T.) einerseits und die Landkreise Germersheim (+ 21,2 a. T.), Ludwigshafen (+ 14,4 a. T.) und Ahrweiler (+ 11,5 a. T.) andererseits registriert.

Gastarbeiter garantieren Bevölkerungszunahme

Die Bevölkerungszunahme des Landes wird seit einigen Jahren in immer stärkerem Maße von der Wanderungsbewegung, im Berichtsjahr sogar erstmals ausschließlich von dieser getragen. Insgesamt 122 600 Personen verlegten 1972 ihren Wohnsitz nach Rheinland-Pfalz, 109 800 verließen das Land. Zusammen mit den 125 900 Einwohnern, die innerhalb des Landes ihren Wohnsitz wechselten, ergibt das ein Wanderungsvolumen von 358 300 oder 97 Fällen auf 1000 Einwohner. Die männliche Bevölkerung war weitaus stärker als die weibliche an den Wanderungen (118 bzw. 80 auf 1000 Einwohner) beteiligt. Die Differenzierung nach dem Alter zeigt einen deutlichen Schwerpunkt bei den 20- bis 35jäh-

rigen. Die größte Anziehungskraft - gemessen an der Zahl der Zuzüge - hatten Gemeinden mit 5000 bis 20 000 Einwohnern (85 Zuzüge auf 1000 Einwohner am Jahresanfang), gefolgt von den Großstädten (73); relativ wenige Zuzüge waren in den kleinen Gemeinden (59) sowie in den Städten mit einer Bevölkerungszahl von 20 000 bis 100 000 (66) zu verzeichnen. Während in den Gemeinden unter 5000 Einwohner mehr als die Hälfte der Zugezogenen aus anderen rheinland-pfälzischen Orten kamen, nahmen in den größeren Gemeinden die Zuzüge aus den übrigen Bundesländern und dem Ausland den ersten Rang ein.

Obwohl der Bevölkerungsaustausch mit dem übrigen Bundesgebiet mehr als zwei Drittel aller über die Landesgrenze erfolgenden Wanderungsfälle ausmachte, wurde der relativ hohe Wanderungsgewinn ausschließlich gegenüber dem Ausland erzielt. Die Bilanz der Umzüge von und nach den anderen Bundesländern ergab sogar - wie bereits in den Jahren zuvor - einen Bevölkerungsverlust von 1300 Personen, der in erster Linie auf die negativen Salden mit den angrenzenden Ländern Hessen (- 3100) und Baden-Württemberg (- 1500) zurückzuführen ist. Aus der DDR kamen 600, aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches 350 Personen mehr als dorthin zogen. Da gegenüber dem Ausland 35 700 Zuzüge verbucht wurden, denen nur 22 800 Fortzüge gegenüber standen, ergab sich insgesamt eine positive Wanderungsbilanz von 12 800. Bei der regen Bevölkerungsfluktuation zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland heben sich seit Jahren einige Gastarbeiterländer ab. An erster Stelle der Abgabeländer lag 1972 wiederum die Türkei (+

Wanderungen über die Landesgrenzen nach Herkunfts- und Zielländern 1972

Herkunfts- bzw. Zielland	Zu-züge	Fort-züge	Wande-rungs-saldo
Bundesgebiet	85 475	86 816	- 1 341
Schleswig-Holstein	1 857	1 784	73
Hamburg	907	921	- 14
Niedersachsen	4 252	4 065	187
Bremen	472	446	26
Nordrhein-Westfalen	27 700	24 848	2 852
Hessen	15 402	18 502	- 3 100
Baden-Württemberg	17 735	19 223	- 1 488
Bayern	7 244	8 283	- 1 039
Saarland	7 176	6 322	854
Berlin (West)	2 730	2 422	308
Übrige Gebiete	37 112	22 970	14 142
DDR (einschl. Berlin-Ost)	646	69	577
Ostgebiete des Deutschen Reiches, z. Zt. unter fremder Verwaltung (Gebietsstand 31.12.1937)	464	110	354
Ausland	35 692	22 785	12 907
Europäisches	30 710	19 013	11 697
Außereuropäisches	4 982	3 769	1 213
Unbekanntes	-	3	- 3
Ohne Angabe u. ohne festen Wohnsitz	310	6	304
Insgesamt	122 587	109 786	12 801

5 000 Personen); es folgten Italien (+1 500), Jugoslawien (+1 200) und Portugal (+1 000). Diese Zahlen zeigen deutlich, daß ohne den anhaltenden Zustrom von Gastarbeitern und deren Familienangehörigen die Einwohnerzahl des Landes stagnieren würde.

Geborene in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1962 - 1972

Jahr	Lebendgeborene								Totgeborene			
	insgesamt		männlich	weiblich	nicht-ehelich	männlich	weiblich	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich
	Anzahl	auf 1 000 Einw.	Anzahl			auf 1 000 Lebendgeborene			Anzahl		auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	
Rheinland-Pfalz												
1962	66 185	19,1	33 887	32 298	3 001	512,0	488,0	45,3	899	63	13,4	20,6
1963	67 768	19,4	34 945	32 823	2 894	515,7	484,3	42,7	961	61	14,0	20,6
1964	67 223	19,1	34 695	32 628	2 676	515,4	484,6	39,7	881	60	12,9	21,9
1965	64 480	18,1	32 915	31 565	2 521	510,5	489,5	39,1	794	36	12,2	14,1
1966	64 249	17,8	33 196	31 053	2 440	516,7	483,3	38,0	774	41	11,9	16,5
1967	61 090	16,9	31 187	29 903	2 311	510,5	489,5	37,8	704	45	11,4	19,1
1968	58 532	16,1	30 086	28 446	2 442	514,0	486,0	41,7	670	32	11,3	12,9
1969	53 987	14,8	27 787	26 200	2 357	514,7	485,3	43,7	594	50	10,9	20,8
1970	48 706	13,4	25 119	23 587	2 331	515,7	484,3	47,9	514	35	10,4	14,8
1971	46 049	12,5	23 810	22 239	2 314	517,1	482,9	50,3	482	47	10,4	19,9
1972	41 035	11,1	21 023	20 012	2 239	512,3	487,7	54,6	442	26	10,7	11,6
Bundesgebiet												
1962	1 018 552	17,9	523 801	494 751	56 648	514,3	485,7	55,6	14 361	1 178	13,9	20,4
1963	1 054 123	18,3	541 812	512 311	55 120	514,0	486,0	52,3	13 991	1 106	13,1	19,7
1964	1 065 437	18,2	547 979	517 458	53 131	514,3	485,7	49,9	13 590	1 024	12,6	18,9
1965	1 044 328	17,7	536 930	507 388	48 977	514,1	485,9	46,9	12 901	956	12,2	19,1
1966	1 050 345	17,6	539 492	510 853	47 854	513,6	486,4	45,6	12 174	819	11,5	16,8
1967	1 019 459	17,0	523 634	495 825	46 964	513,6	486,4	46,1	11 422	802	11,1	16,8
1968	969 825	16,1	498 202	471 623	46 209	513,7	486,3	47,6	10 702	708	10,9	15,1
1969	903 456	14,8	464 430	439 026	45 498	514,1	485,9	50,4	9 693	746	10,6	16,1
1970	810 808	13,4	416 321	394 487	44 280	513,5	486,5	54,6	8 351	703	10,2	15,6
1971	778 526	12,6	400 423	378 103	45 263	514,3	485,7	58,1	7 674	656	9,8	14,3
1972 ^P	701 405	11,4	360 428	340 977	42 425	513,9	486,1	60,5	6 568	...	9,3	...

Geborenenzahl erreicht neuen Tiefstwert

Für das natürliche Wachstum der Bevölkerung erweist sich, bei Konstanz der Gestorbenenzahl gegenüber den Vorjahren (rund 44 000), die Geburtenentwicklung als entscheidender Faktor. Der Mitte der 60er Jahre einsetzende Rückgang der Geborenenzahl hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt und beschleunigt. Nur noch 41 000 Kinder kamen

lebend zur Welt, das ist die geringste Zahl, die jemals im Lande registriert wurde. Auch die Geburtenziffer erreichte mit 11,1 Geborenen auf 1000 Einwohner einen neuen Tiefstwert, der noch um 0,3 Punkte unter dem des Bundes liegt. Gegenüber dem Vorjahr ging die Geborenenzahl um 10,9%, gegenüber dem Jahre 1963 - dieses Jahr erzielte mit 67 800 Lebendgeborenen die jemals erreichte Höchstzahl - sogar um 39,4% zurück. Bemerkenswert ist es, daß die Zahl der nicht ehelich lebend geborenen Kinder (1972: 2239 oder 5,5%) eine größere Konstanz aufweist als die der ehelich geborenen. Genauso wie im Bundesgebiet nimmt sie auch in Rheinland-Pfalz langfristig zwar langsam ab, ihr prozentualer Anteil an der gesamten Geborenenzahl zeigt jedoch hier wie dort seit 1966/67 eine ansteigende Tendenz.

7,4% aller Lebendgeborenen haben eine nichtdeutsche Mutter

Das Ausland, insbesondere die sogenannten Gastarbeiterländer, tragen nicht nur durch anhaltend hohe Zuzüge, sondern auch in immer stärkerem Maße durch einen „Geburtenexport“ nach Rheinland-Pfalz zur hiesigen Bevölkerungsentwicklung bei. Obwohl nur 2,6% aller im Lande lebenden Frauen zur nichtdeutschen Bevölkerungsgruppe gehören, so haben diese doch 7,4% aller Lebendgeborenen zur Welt gebracht. Ausschlaggebend hierfür ist die Tatsache, daß die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der in Rheinland-Pfalz lebenden ausländischen Frauen bedeutend höher liegen als die der einheimischen. Dies gilt in besonderem Maße für die Altersjahrgänge der unter 21-jährigen sowie der über 30jährigen Frauen.

Trotz zunehmender Integration der Gastarbeiter in unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist

Gestorbene in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1962 - 1972

Jahr	Insgesamt		Männlich	Im ersten Lebensjahr	In den ersten 28 Lebens-tagen	Im ersten Lebens-jahr 1)	In den ersten 28 Lebens-tagen
	Anzahl	auf 1 000 Einw.					
Rheinland-Pfalz							
1962	39 345	11,4	20 520	2 132	1 532	32,2	23,1
1963	41 065	11,8	21 314	1 938	1 382	28,7	20,4
1964	38 529	10,9	20 343	1 826	1 274	27,1	18,9
1965	40 145	11,3	20 983	1 545	1 178	23,8	18,3
1966	40 758	11,3	21 011	1 550	1 213	24,1	18,9
1967	41 041	11,3	21 296	1 503	1 145	24,5	18,7
1968	44 219	12,2	22 750	1 410	1 073	24,0	18,3
1969	44 430	12,1	22 812	1 371	1 022	25,1	18,9
1970	43 694	12,0	22 202	1 241	1 001	25,2	20,6
1971	44 001	12,0	22 381	1 052	821	22,7	17,8
1972	43 914	11,9	22 360	989	722	23,8	17,6
Bundesgebiet							
1962	644 819	11,3	335 082	29 807	21 725	29,3	21,3
1963	673 069	11,7	347 717	28 473	21 009	27,1	19,9
1964	644 128	11,0	333 879	26 948	20 123	25,3	18,9
1965	677 628	11,5	347 968	24 947	19 194	23,8	18,4
1966	686 321	11,5	351 301	24 803	19 020	23,6	18,1
1967	687 349	11,5	350 517	23 303	18 129	22,8	17,8
1968	734 048	12,2	371 391	22 110	17 021	22,6	17,6
1969	744 360	12,2	377 260	21 162	16 179	23,2	17,9
1970	734 843	12,1	369 975	19 165	14 904	23,4	18,4
1971	730 670	11,9	366 740	18 141	13 951	23,1	17,9
1972 ^D	731 468	11,8	367 489	15 930	...	22,5	...

1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

die Sterblichkeit der ausländischen Säuglinge größer als die der deutschen. Von 1 000 im Jahre 1972 lebend geborenen Kindern mit fremder Staatsangehörigkeit verstarben 28 vor der Vollendung des ersten Lebensjahres, 20 von diesen bereits in den ersten 28 Tagen nach der Geburt. Bei den deutschen Säuglingen beliefen sich die ent-

sprechenden Zahlen auf 24 bzw. 17. Insgesamt nahm die für das erste Lebensjahr berechnete Säuglingssterblichkeitsziffer im Berichtsjahr geringfügig zu und stellte sich mit einem Wert von 23,8 wieder über die für das Bundesgebiet berechnete Ziffer (22,5).

Diplom-Volkswirt H. Jucknat

Öffentliche Jugendhilfe 1972

Die Tätigkeit in der öffentlichen Jugendhilfe wird überwiegend durch Maßnahmen bestimmt, die das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) in der Fassung von 1970 - auch in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch - vorschreibt. Träger dieser gesetzlich angeordneten Maßnahmen sind die Jugendwohlfahrtsbehörden, die regelmäßig jährlich Angaben zur Statistik der Jugendhilfe liefern. Allerdings ist in letzter Zeit an der statistischen Information durch die Jugendhilfestatistik - sie wird in ihrer gegenwärtigen Form seit 1963 geführt - wiederholt Kritik geübt worden. Eine offensichtliche Informationslücke besteht darin, daß der im Rahmen der bisherigen Berichterstattung dargestellte finanzielle Aufwand nicht identisch mit den gesamten Haushaltsausgaben sein kann, da der Nachweis über Ausgaben der Jugendbehörden für Personal-, Sach- und Investitionskosten nicht darin enthalten ist. Von diesem Mangel abgesehen, ist aus der Statistik der öffentlichen Jugendhilfe eine Fülle von Sachverhalten zu entnehmen und ein umfassender Überblick über die von der öffentlichen Jugendhilfe betreuten Jugendlichen, die Art ihrer Unterbringung in der freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, den entsprechenden Kostenaufwand sowie über die örtlichen Einrichtungen der Jugendhilfe zu gewinnen.

Mit der Reform des Nichteheleichenrechts 1970 sowie der damit im Zusammenhang stehenden Neufassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes vom 6. August 1970 war eine Anpassung der Statistik der öffentlichen Jugendhilfe an diese neuen Rechtsbestimmungen erforderlich. Diesbezügliche Änderungen - sie beziehen sich allerdings nur auf Teil I der Statistik - betreffen in erster Linie die Institution der Amtspflegschaft sowie Maßnahmen der Beistandschaft und Vaterschaftsfeststellung.

Durch Reform des Nichteheleichenrechts Rückgang der Amtsvormundschaften um fast 80%

Bisher bekamen sämtliche nichtehelich geborenen Kinder - sie standen automatisch unter der Auf-

sicht des Jugendamtes - einen Amtsvormund. Durch die Neuordnung erhält das Kind nur noch zur Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten einen Pfleger, während die elterliche Gewalt voll der Mutter zusteht. Da sich die Aufsicht des Jugendamtes dementsprechend nur noch auf nichteheliche Kinder minderjähriger Mütter sowie auf Pflegekinder erstreckt, kam es zu einem erheblichen Rückgang der unter Vormundschaft des Jugendamtes bis 1970 ausgewiesenen nichtehelichen Kinder bei einer entsprechend hohen Zahl von Amtspflegschaften. Während noch Ende 1969 über 30 000 Minderjährige unter Amtsvormundschaft standen, reduzierte sich diese Zahl bis Ende 1970 auf 5 562 und lag Ende 1972 bei 6 033. Demgegenüber betrug die Zahl der mit der Neuordnung des Nichteheleichenrechts nachgewiesenen Amtspflegschaften 1970, dem ersten Jahr der Reform, 23 775 und im folgenden Jahr 22 876. Ende 1972 waren es 22 227.

Regelmäßig außerhalb des Hauses in Familienpflege befanden sich am Ende des Berichtsjahres 2 849 Minderjährige unter 16 Jahren. Fast alle - mehr als die Hälfte war nichtehelich - standen unter Aufsicht des Jugendamtes (2 846).

Fast zwei von drei Vaterschaften geklärt

Die zu Beginn des Berichtsjahres anstehenden 1 584 unerledigten Fälle von Vaterschaftsfeststellungen nahmen bis Ende des Jahres durch Zugänge um weitere 2 464 zu, bei denen etwa in jedem siebten Fall (14%) die Mutter einen Angehörigen der Stationierungskräfte oder sonstigen Ausländer als Vater angab (1971: 15%, 1970: 10%). Fast 2 500 Feststellungen konnten während des Jahres erledigt werden, so daß noch knapp 1 600 unerledigte Fälle am Ende des Jahres verblieben.

Annähernd ebenso hoch wie im vorangegangenen Jahr war der Anteil der freiwilligen Anerkennungen (56%) an den insgesamt erledigten Fällen. 356 mal konnten Klagen erfolgreich abgeschlossen werden. In etwa 14% der Fälle war es nicht möglich, den Vater festzustellen und für Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Darüber hinaus kamen 219 Vaterschaftsfeststellungen für andere Jugendämter zum Abschluß.

62% weniger Fürsorgezöglinge als 1962

Unter den Erziehungsmaßnahmen ist Fürsorgeerziehung die strengste Form, in der Einfluß auf die Erziehung Minderjähriger genommen wird. Im Gegensatz zur Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Erziehungsbeistandschaft wird sie nicht von den Jugendwohl-

Minderjährige unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft
1965 - 1972

Jahresende	Amtspflegschaft		Amtsvormundschaft				
	insgesamt	auf 10 000 Minderjährige	insgesamt	auf 10 000 Minderjährige	gesetzliche	bestellte	nichteheliche Amtsmündel
1965	-	-	34 226	308	32 183	2 043	32 880
1969	-	-	30 232	249	28 003	2 229	28 242
1970	23 775	196	5 562	45	3 384	2 178	4 105
1971	22 876	197	5 852	46	3 481	2 371	4 307
1972	22 227	190	6 033	52	3 586	2 447	4 407

Jahres- ende	Ins- gesamt	Eheliche		Nichteheliche		Unter Aufsicht				Von der Aufsicht widerruflich befreit			
						eheliche		nichteheliche		eheliche		nichteheliche	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1965	4 242	1 172	27,6	3 070	72,4	1 172	27,6	3 020	71,2	-	-	50	1,2
1969	3 736	1 210	32,4	2 526	67,6	1 207	32,3	2 517	67,4	3	0,1	9	0,2
1970	2 908	1 136	39,1	1 772	60,9	1 134	39,0	1 769	60,8	2	0,1	3	0,1
1971	2 875	1 262	43,9	1 613	56,1	1 262	43,9	1 612	56,1	-	-	1	0,0
1972	2 849	1 257	44,1	1 592	55,9	1 255	44,1	1 591	55,8	2	0,1	1	0,0

fahrtsbehörden, sondern - gesetzlich - vom Vormund-
schaftsgericht angeordnet. Der endgültigen Fürsorge-
erziehung geht, gewissermaßen als letzte Chance, die Ein-
weisung in eine vorläufige voraus. Das Schwergewicht
der erzieherischen Betreuung der Jugendlichen liegt da-
bei auf Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeer-
ziehung, wobei die rückläufige Tendenz der Zahl der
Jugendlichen, die unter Freiwilliger Erziehungshilfe
stehen, wesentlich geringer ist, als der entsprechende
Rückgang bei den Fürsorgezöglingen.

Am Ende des Berichtsjahres standen insgesamt
1 972 Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft
(238), Freiwilliger Erziehungshilfe (1 090) und Für-
sorgeerziehung (644). Zum vergleichbaren Vorjah-
reszeitpunkt waren es insgesamt 14% mehr. Inner-
halb des letzten Jahrzehnts fällt die seit 1964 rück-
läufige Zahl der Fürsorgeerziehung ins Auge, die
namentlich in den letzten drei Jahren sprunghaft
zurückging. 1972 waren nur noch gut ein Drittel
so viele Minderjährige in Fürsorgeerziehung wie
1962. Von den 1 090 Minderjährigen in Freiwilliger
Erziehungshilfe war - wie auch in den vorange-

fangsbestand der Minderjährigen in endgültiger
Fürsorgeerziehung durch 139 Zu- und 304 Abgänge
um 165 auf 569 zum Ende des Berichtsjahres ver-
minderte. Von dem gesamten Zugang (162) war
knapp die Hälfte weiblich, mehr als die Hälfte stand
im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, 41% waren
zwischen 10 und 15 Jahre alt. Die Hälfte dieser
Gruppe von Minderjährigen stammte aus vollständi-
gen Familien, etwa ein Fünftel aus geschiedenen
Ehen. Je 20 Kinder waren nichtehelich bzw. Voll-
oder Halbwaisen.

Von den 1 090 Jugendlichen, die sich Ende 1972
in Freiwilliger Erziehungshilfe befanden, lebten
etwa zwei Drittel (669) in Erziehungsheimen und
20 in sonstigen Heimen. In der eigenen Familie war
etwa jeder fünfte, knapp 12% wohnten bei fremden
Familien oder waren in sonstigen Stellen unterge-
bracht. Von den in Fürsorgeerziehung befindlichen
Jugendlichen war mehr als die Hälfte in Er-
ziehungsheimen, nicht ganz ein Drittel nach ver-
mutlich längerem Heimaufenthalt in der eigenen
und 50 in fremden Familien. Etwa jeder zweite
Minderjährige in Freiwilliger Erziehungshilfe oder
Fürsorgeerziehung stand in einem Lehr-, Anlern-
oder Arbeitsverhältnis.

Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft
sowie in formloser erzieherischer Betreuung 1965 - 1972

Jahres- ende	Erziehungsbeistandschaft			Erzieherische Betreuung		
	ins- gesamt	gesetz- lich ange- ordnete	frei- willige	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
1965	351	264	87	12 562	6 810	5 752
1969	300	141	159	13 990	7 500	6 490
1970	317	131	186	13 369	7 178	6 191
1971	304	114	190	13 709	7 263	6 446
1972	238	95	143	14 407	7 508	6 899

gangenen Jahren - etwa jedes dritte ein Mädchen.
Die meisten der im Berichtsjahr überwiesenen Ju-
gendlichen standen im Alter von 15 bis 18 Jahren
(50%). Aus vollständigen Familien kamen 42% der
Minderjährigen, am zweithäufigsten stammten sie
aus geschiedenen Ehen (27%).

Fürsorgeerziehung wird nur dann angeordnet,
wenn eine weniger einschneidende Maßnahme ver-
sagt hat oder keinen Erfolg verspricht. Ende 1971
waren 83 Minderjährige in vorläufiger, 734 in end-
gültiger Fürsorgeerziehung. Insgesamt kamen 162
im Laufe des Jahres 1972 hinzu, wobei sich der An-

Über dreijährige Fürsorgeerziehung keine Seltenheit

Bei etwa jedem vierten der 1972 aus freiwilliger
Erziehungshilfe endgültig entlassenen 397 Minder-
jährigen betrug die Dauer der gesamten Erziehung
ein bis zwei Jahre. Annähernd so hoch war der An-
teil derjenigen, die sich zwei bis drei Jahre in frei-
williger Erziehungshilfe befanden. Mehr als drei
Jahre dauerte die Erziehung in 37% der Fälle. Bei
6 Minderjährigen waren es sogar mehr als zehn
Jahre. Die Fürsorgeerziehung dauert im allgemei-
nen länger. Von ein- bis zweijähriger Dauer war
sie bei nur 17% der Jugendlichen, die endgültig
entlassen werden konnten. Mehr als drei Jahre da-
gegen dauerte sie bei jedem zweiten. In 22 Fällen
konnten die Zöglinge erst nach zehn Jahren end-
gültig entlassen werden.

Nach der Dauer der Heimerziehung und der Zahl
der beanspruchten Heime gab es unter den aus der
Freiwilligen Erziehungshilfe Entlassenen etwa ein
Fünftel, das gar keine oder nur eine Heimerziehung
von weniger als einem Jahr aufzuweisen hatte; bei
den Fürsorgezöglingen war dieser Anteil etwas
höher. Deutlicher wird der Unterschied zwischen

den Erziehungsformen bei den Anteilen derjenigen, die länger als drei Jahre in Heimen erzogen wurden. Gut jeder vierte war es bei den aus Freiwilliger Erziehungshilfe Entlassenen, bei den Fürsorgezöglingen immerhin jeder dritte Jugendliche.

Auch ein Wechsel des Heimes konnte häufiger bei den Entlassenen aus der Fürsorgeerziehung beobachtet werden, von denen fast jeder siebte in drei und mehr Heimen gewesen war. Bei der Freiwilligen Erziehungshilfe hatten 64% das Heim nicht gewechselt, während Fürsorgezöglinge dies in 55% der Fälle nicht getan hatten.

Erziehungszweck bei jedem zweiten erreicht.

Bei der Hälfte der entlassenen Minderjährigen aus Freiwilliger Erziehungshilfe und auch aus der endgültigen Fürsorgeerziehung konnte der Erziehungszweck erreicht und die Verwahrlosung bzw. Schädigung oder Gefährdung der Entwicklung beseitigt werden. Anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks wurde als Grund für insgesamt 49 Entlassungen angegeben. Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten erfolgte bei jedem vierten aus Freiwilliger Erziehungshilfe entlassenen Minderjährigen; 8 von 100 dieser Gruppe von Minderjährigen waren inzwischen volljährig geworden. Bei den Fürsorgezöglingen traf dies in etwa 10% der Fälle zu.

Jede dritte Einrichtung für Kinder bestimmt

Die Berichterstattung in der Jugendhilfestatistik beschränkt sich nicht nur auf Maßnahmen der Jugendämter und der für Zwecke der Jugendhilfe verausgabten öffentlichen Mittel, sondern sie bezieht sich auf sämtliche Einrichtungen, auch soweit sie nicht der Heimaufsicht nach § 78 des Jugendwohlfahrtsgesetzes unterstehen, und deren Kapazitäten.

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Ausgabearten und Trägern 1972

Ausgabeart Träger	Ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe
		außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen	
		1 000 DM		
Hilfe durch Fami- lienpflege	4 396	4 396	-	-
Hilfe durch Heim- pflege	23 601	-	23 551	50
Kindertagesstätten	27 407	-	10 779	16 628
Erholungspflege	5 874	540	1 769	3 564
Freiwillige Er- ziehungshilfe	9 061	216	8 846	-
Fürsorgeerziehung	3 904	99	3 806	-
Alle übrigen Maß- nahmen	12 987	2 658	4 818	5 510
I n s g e s a m t	87 230	7 909	53 569	25 752
Kreisfreie S t ä d t e	32 345	3 727	20 157	8 461
Landkreise	35 005	3 559	18 612	12 834
Landesjugendamt	19 880	623	14 800	4 457

Unter den erfaßten 4 468 Einrichtungen, deren Zahl sich insgesamt gegenüber 1971 nur wenig erhöhte (+ 4), kommt den Kindergärten besondere Bedeutung zu. Ende 1972 gab es in Rheinland-Pfalz 1 404 Kindergärten mit 90 761 Plätzen. Innerhalb nur eines Jahres ist die Zahl der Kindergärten damit um 61 und die Platzzahl um 3 290 gestiegen, ein Folge der Förderungsmaßnahmen nach dem Kindergartengesetz vom 15. Juli 1970. Zählt man zu den Kindergärten noch Säuglings- und Kinderheime (58), Sonderheime (20), Beobachtungsheime (1), Kinderkrippen (17) und Kinderhorte (59) hinzu, sind bereits 35% aller Einrichtungen genannt. Zahlenmäßig besondere Bedeutung kommt noch den Jugendverbands- und Jugendgruppenheimen (1 361) sowie den Jugendbüchereien (1 112) zu. Die meisten

Minderjährige in öffentlicher Erziehung 1962 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	Jungen	Mädchen	Untergebrachte Minderjährige					
				zu- sammen	darunter: im Lehr-, Anlern- und Arbeits- verhältnis	in Er- ziehungs- heimen	in sonstigen Heimen	in Familien	in sonstigen Stellen
Freiwillige Erziehungshilfe									
1962	961	566	395	941	170	675	24	239	3
1963	1 189	691	498	1 166	326	816	35	294	21
1964	1 335	786	549	1 310	375	861	22	383	44
1965	1 332	797	535	1 298	445	848	25	371	54
1966	1 347	809	538	1 327	421	858	31	380	58
1967	1 329	784	545	1 307	428	852	27	367	61
1968	1 306	771	535	1 286	461	817	37	342	90
1969	1 294	799	495	1 270	294	791	32	375	72
1970	1 245	773	472	1 200	500	732	20	389	59
1971	1 131	692	439	1 084	406	699	17	323	45
1972	1 090	688	402	1 037	454	669	20	278	70
Fürsorgeerziehung									
1962	1 709	910	799	1 665	331	987	57	607	14
1963	1 715	918	797	1 638	508	974	26	557	81
1964	1 673	880	793	1 631	596	909	22	619	81
1965	1 504	804	700	1 465	567	788	55	549	73
1966	1 464	791	673	1 430	590	764	40	530	96
1967	1 416	778	638	1 369	540	793	24	470	82
1968	1 393	797	596	1 355	639	750	30	480	95
1969	1 353	785	568	1 318	451	713	29	482	94
1970	1 145	647	498	1 095	559	562	15	434	84
1971	817	455	362	776	365	402	16	298	60
1972	644	369	275	594	303	310	10	229	45

Örtliche Einrichtungen und verfügbare Plätze nach Art der Einrichtungen 1971 und 1972

Art der Einrichtungen	Einrichtungen								Plätze	
	insgesamt		der öffentlichen Hand	der Träger der freien Jugendhilfe	privater gewerblicher Träger	der öffentlichen Hand	der Träger der freien Jugendhilfe	privater gewerblicher Träger	insgesamt	
	1971	1972							1971	1972
	Anzahl				%				Anzahl	
Heime für werdende Mütter	3	3	-	3	-	-	100,0	-	57	57
Wohnheime für Mutter und Kind	2	3	1	2	-	33,3	66,7	-	62	72
Säuglingsheime	9	8	-	5	3	-	62,5	37,5	348	321
Kinderheime	48	50	4	37	9	8,0	74,0	18,0	2 743	2 660
Erziehungsheime										
a) bis zur Beendigung der Volksschulpflicht	13	13	-	14	-	-	100,0	-	1 229	1 271
b) für nicht mehr schulpflichtige Minderjährige	13	14	2	11	-	15,4	84,6	-	1 349	1 295
Sonderheime	20	20	-	19	1	-	95,0	5,0	1 684	1 654
Beobachtungsheime	1	1	1	-	-	100,0	-	-	50	50
Kinderkrippen	15	17	8	9	-	47,1	52,9	-	539	561
Kindergärten	1 343	1 404	262	1 128	14	18,7	80,3	1,0	87 471	90 761
darunter Sonderkindergärten	24	23	2	20	1	8,7	87,0	4,3	599	567
Kinderhorte	58	59	27	30	2	45,8	50,8	3,4	2 116	2 115
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige	32	31	10	14	7	32,2	45,2	22,6	2 099	2 088
Tages-Erholungsstätten für Minderjährige	18	19	2	17	-	10,5	89,5	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	48	54	13	38	3	24,1	70,4	5,5	-	-
Jugendherbergen	53	51	4	44	3	7,8	86,3	5,9	7 053	6 758
Jugendfreizeitsstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u.ä.	52	59	11	47	1	18,6	79,7	1,7	-	-
Jugendverbandsheime, Jugendgruppenheime	1 390	1 361	137	1 218	6	10,1	89,5	0,4	-	-
Jugendbildungsstätten	22	22	2	18	2	9,1	81,8	9,1	1 101	1 121
Jugendbüchereien	1 170	1 112	432	680	-	38,8	61,2	-	-	-
Jugendwohnheime	36	32	1	29	2	3,1	90,6	6,3	2 377	2 199
Schülerwohnheime	48	54	3	49	2	5,6	90,7	3,7	3 485	3 941
Jugendschutzstellen, Obhut-, Auffangheime	18	21	5	16	-	23,8	76,2	-	222	251
Fortbildungsstätten für Fachkräfte der Jugendhilfe	1	3	1	2	-	33,3	66,7	-	25	85
Erziehungsberatungsstellen	27	29	5	24	-	17,2	82,8	-	-	-
Jugendberatungsstellen	7	9	5	4	-	55,6	44,4	-	-	-
Mütter- und Elternschulen	12	14	-	14	-	-	100,0	-	-	-
Sonstige Einrichtungen	5	5	1	3	1	20,0	60,0	20,0	292	292
Insgesamt	4 464	4 468	937	3 475	56	21,0	77,8	1,2	114 302	117 552

Einrichtungen (3 475) unterstanden den Trägern der freien Jugendhilfe. Die Kindergärten wurden zu 80% von diesen Verbänden unterhalten, bei den Jugendbüchereien war es gut die Hälfte und bei den Jugendverbandsheimen ein Anteil von 90%.

Von 87,2 Mill. DM für Jugendhilfe 27 Mill. DM für Kindertagesstätten

Für Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe wurden 1972 insgesamt 87,2 Mill. DM ausgegeben, das sind 13 Mill. DM bzw. 17% mehr als 1971. Unter den einzelnen Ausgabearten entfiel der größte Anteil (27 Mill. DM) auf Kindertagesstätten, 23,6 Mill. DM erforderten die Kosten für Hilfe durch Heimpflege. Für Freiwillige Erziehungshilfe wurden etwa 9 Mill. DM, für Erholungspflege knapp 6 Mill. DM ausgegeben, während auf Fürsorgeerziehung etwa 4 Mill. DM entfielen. Von den

Jugendwohlfahrtsbehörden selbst durchgeführte Maßnahmen erforderten an den gesamten Ausgaben für Jugendhilfe einen Anteil von 70% (61,5 Mill. DM). Davon entfielen allein auf Hilfe in Einrichtungen 53,6 Mill. DM, die sich auf Hilfe durch Heimpflege (44%), Kindertagesstätten (20%), Freiwillige Erziehungshilfe (17%), Fürsorgeerziehung (7%), Erholungspflege (3%) und auf alle übrigen Maßnahmen (9%) aufteilten. Den Trägern der freien Jugendhilfe wurden Zuschüsse in Höhe von 25,8 Mill. DM gewährt, die überwiegend (65%) für Kindertagesstätten ausgegeben wurden.

Die Einnahmen erhöhten sich um fast 1 Mill. DM auf 10,1 Mill. DM. Die hieraus gedeckten Bruttoausgaben haben sich jedoch von 1971 bis 1972 um 0,7 Prozentpunkte auf 11,6% verringert.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 684	3 685	3 688	3 695
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	2 793	2 464	2 446	2 098	2 633	2 864	2 419 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	8,9	8,1	7,8	6,9	8,4 ^P	9,4 ^P	7,7 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 805	3 557	3 481	3 124	3 142	3 199	3 335 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	12,2	11,7	11,1	10,3	10,0 ^P	10,5 ^P	10,6 ^P
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 640	3 488	3 446	3 689	3 544	3 459	3 617 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	11,6	11,5	11,0	12,2	11,3 ^P	11,4 ^P	11,5 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	108	74	93	80	79	80	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	28,4	20,8	26,7	25,6	25,1	25,0	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	165	69	35	- 565	- 402	- 260	- 282 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	0,5	0,2	0,1	- 1,9	- 1,3 ^P	- 0,9 ^P	- 0,9 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	9 444	10 172	10 981	10 515
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	7 482	8 891	8 929	8 428
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 962	1 281	2 052	2 087
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 351	10 508	9 324	9 879	11 475	10 043
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	10,1	8,9	9,2	10,8	9,8	9,3	10,3
* Männer	1 000	6,6	7,8	4,9	4,5	4,9	5,3	4,7	4,5	5,2
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	90	86	92	108	88	74	79
Bauberufe	Anzahl	859	887	390	317	342	439	325	287	293
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	4 932	4 377	4 077	4 877	4 470	4 239	4 134
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	29 226	30 279	29 339	32 787	35 386	35 528	34 095
Männer	Anzahl	17 617	16 842	17 565	18 300	17 881	21 136	22 366	22 474	21 639
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	272	295	289	481	452	475	436
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 817	2 814	2 802	3 258	3 429	3 312	3 301
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	12 181	13 011	12 948	14 554	15 961	16 378	15 859
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	698	.	.	.	708	.
* Milchkühe	1 000	252	251	.	252	.	.	.	253	.
* Schweine	1 000	741	744	.	708	.	.	.	762	.
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	72	.	.	.	75	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	45	.	.	.	47	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	17	14	14	15	14	13	14
* Kälber	1 000	2	1	2	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	106	88	94	104	91	88	88
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	14	9	8	19	15	9	9
Schlachtmengen 5)										
* Rinder	1 000 t	12,0	11,1	12,5	10,5	11,2	11,4	10,2	10,3	10,5
* Kälber	1 000 t	5,1	4,3	4,6	3,9	3,9	4,3	3,8	3,8	4,0
* Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Geflügel	1 000 t	6,7	6,6	7,7	6,4	7,2	6,9	6,3	6,4	6,5
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	197	165	214	89	79	250	200	111	85
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	44	61	59	67	59	57	77	55	70
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	94	89	86	85	94	87	84
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	84,6	85,6	84,5	84,3	86,5	87,1	86,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	12,0	11,7	11,0	11,4	12,0	11,5	10,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 063	3 058	3 051	2 998	2 995	2 992	2 992
* Beschäftigte	1 000	408	404	401	401	403	405	406	407	409
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	296	296	298	298	298	299	301
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	45 269	46 035	42 051	44 642	47 858	44 411	41 670
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	583	608	585	613	684	686	673
* Löhne	Mill. DM	357	384	390	396	383	398	453	441	446
* Gehälter	Mill. DM	184	207	193	212	202	215	231	245	227
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	75	74	73	68	67	68	70
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	174	159	175	180	191	140	164
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	8	6	5	3	3	3	2
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	166	153	170	177	188	137	162
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	191	169	162	228	201	182	179
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	35	30	27	43	35	30	26
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	156	139	135	185	166	152	153
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	856	840	836	847	857	848	858
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	278	264	267	280	262	248	257
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 788	2 802	2 654	2 965	3 229	3 016	2 925
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	639	654	579	718	793	687	685
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	246	239	225	266 ^x	253	265 ^p	224 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	255	248	235	280	265	277 ^p	236 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	157	251	237	277	264	276 ^x	234 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	225	205	202	337	304	298 ^p	281 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	272	273	259	303	283	298	270
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	203	211	200	203	218	226	203
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	320	318	306	365 ^x	322	343	322
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	358	323	316	358 ^x	327	355	287
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	364	284	324	290 ^x	223	271	221
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	176	177	164	204	197	197	148
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	74	71	94	89	85	77	55
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	178	182	187	177	150	193	211	211	160
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	193	188	173	177	188	201	158
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	101	.	.	.	100	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	212	.	.	.	234	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	209	.	.	.	234	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	209	181	149	230	225
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 218	1 123	1 180	1 365	1 357
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	338	305	339	476	506
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 074	985	978	1 104	1 062
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	219	183	189	137	117
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	220	183	189	138	117
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	90 470	91 583	91 861	86 938	87 770	88 157	88 323
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	49 033	51 959	50 933	46 663	47 331	48 722	47 646
Helfer und Hilfsarbeiter	Anzahl	26 438	26 017	27 043	25 139	26 328	25 416	25 701	24 665	25 793
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	14 974	15 200	14 030	12 639	14 628	14 004	12 706
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 891	8 980	8 174	7 579	8 711	8 367	7 407
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	6 015	6 007	5 376	5 267	5 987	5 685	4 975
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	142	115	134	70	124	124	98
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 734	2 858	2 664	2 242	2 600	2 558	2 334
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	6 083	6 220	5 856	5 060	5 917	5 637	5 299
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 369	1 492	1 322	1 161	1 280	1 125	1 086
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 714	4 728	4 534	3 899	4 637	4 512	4 213
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	2 105	2 307	2 135	1 833	2 146	2 150	2 026
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	144	145	141	130	156	155	152
* Löhne	Mill. DM	103	118	131	132	127	117	141	140	137
* Gehälter	Mill. DM	12	13	13	13	14	13	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	327	365	343	226	282	330	328

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 658	1 746	1 463	1 403	1 832	1 680	2 014
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 500	1 585	1 315	1 241	1 662	1 556	1 835
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 914	2 019	1 585	1 706	2 059	1 740	2 449
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	285	300	243	276	337	285	416
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	338	344	274	294	361	286	429
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	269	289	260	245	251	280	338
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	757	1 121	1 074	970	1 241	1 045	1 676
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	83	140	127	86	101	145	233
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	128	203	167	174	199	186	294
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	3 742	3 640	4 292	3 234	3 362	4 082	3 061	5 192
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	124	.	.	.	134	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	189	.	.	.	204	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	193	.	.	.	212	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	199	.	.	.	216	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	176	.	.	.	194	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	182	.	.	.	200	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	138	.	.	.	146	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	199	.	.	.	226	.	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	192	.	.	.	218	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	206	.	.	.	234	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	171	.	.	.	192	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	179	.	.	.	201	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	789,5	769,5	682,7	796,3	939,5	742,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	24,0	27,7	22,3	32,9	42,7	40,2	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	765,5	741,9	660,4	763,3	896,8	702,3	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	11,9	13,7	9,3	12,4	13,4	10,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	37,9	30,4	36,3	40,3	48,4	45,0	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	715,8	697,8	614,8	710,7	835,0	646,4	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	261,3	242,8	211,1	255,0	316,7	215,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	454,5	455,0	403,7	455,6	518,3	431,0	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	384,9	357,3	314,3	379,8	426,4	356,7	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	143,3	123,9	104,7	131,5	142,4	116,7	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	53,6	49,9	47,5	57,7	63,5	58,7	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	61,1	62,1	45,5	62,7	70,1	60,9	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	65,7	68,6	67,1	70,1	81,7	58,5	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	45,3	41,3	34,4	37,5	46,6	41,9	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,7	1,6	1,5	2,1	3,7	2,7	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	14,2	9,8	13,6	18,3	18,4	17,5	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	34,4	36,1	27,3	35,7	38,7	29,3	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	44,6	41,8	38,2	43,0	49,1	39,5	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	51,9	53,6	45,1	60,8	61,5	40,8	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	99,3	101,5	102,7	109,4	141,3	112,6	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	45,9	50,1	36,8	40,0	69,0	36,9	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	472,7	504,5	439,8	509,0	539,5	517,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	78,9	78,8	60,5	109,6	116,9	100,0	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	393,8	425,7	379,3	399,4	422,7	418,0	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	98	97	96	98	99	98	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	184	179	182	201	200	199	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	231	226	258	247	239	243	...
Nahrungs- und Genussmittel	1962 = 100	138	166	170	165	171	179	182	188	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	171	148	163	203	188	180	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	191	189	197	205	226	197	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	150	144	141	178	168	160	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	199	209	175	202	214	201	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	125	117	118	114	117	115	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	247	240	249	223	236	230	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	221	215	234	200	224	223	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	375	383	410	297	335	397	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	208	203	221	189	209	203	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	333	331	411	249	303	347	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	70	78	142	46	59	84	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	1 163	1 312	1 798	921	1 111	1 398	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	153	200	399	110	124	190	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	3 734	3 706	3 567	3 499	3 752	3 398	...
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	1 861	1 853	1 694	1 824	1 923	1 734	...
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 873	1 853	1 873	1 675	1 829	1 664	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 366	4 129	4 102	3 373	3 594	3 597	3 504
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	3 238	3 308	3 331	2 790	3 095	3 031	2 909
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	75	83	83	81	86	84	83
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 570	4 499	4 438	3 915	4 101	3 672	4 002
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	1 293	1 445	1 267	1 411	1 613	1 460	1 485
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	70	80	80	78	86	83	82
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	14 624	14 531	10 867	15 054	13 923	13 225	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	248	272	244	389	423	347	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	13 223	13 115	9 659	13 381	12 151	11 804	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	728	721	608	717	787	578	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	347	355	311	482	474	426	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	664	807	722	801	730	865	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	27 596	27 265	23 992	25 215	29 438	27 559	21 788
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	23 299	22 519	21 277	22 195	23 844	22 287	19 165
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	3 628	3 872	1 956	2 597	4 884	4 416	2 022
Berufsverkehr	1 000	844	900	878	880	802	1 083	1 066	1 012	850
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	669	874	759	423	710	856	601
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	137	167	255	79	136	192	137
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	3	3	5	2	5	5	9
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	529	704	499	342	569	659	455
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	13 443	14 434	12 212	10 903	14 685	14 704	12 062
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	7 235	7 595	8 358	8 190	7 605	7 559	8 415	7 783	7 025
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 825	1 912	2 101	2 248	2 147	1 776	2 222	2 112	1 871
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	5 410	5 683	6 257	5 942	5 458	5 783	6 193	5 671	5 154
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 945	4 639	4 252	4 515	4 774	4 403	3 918
* Getötete Personen	Anzahl	1 017	1 213	1 312	1 303	1 206	1 268	1 419	1 268	1 236
Pkw - Insassen	Anzahl	103	101	90	117	132	73	108	95	98
Fußgänger	Anzahl	55	56	46	72	78	39	58	45	52
* Verletzte Personen	Anzahl	28	24	25	23	23	16	17	18	16
Pkw - Insassen	Anzahl	2 639	2 759	3 080	3 221	3 185	2 618	3 142	3 033	2 789
Fußgänger	Anzahl	1 769	1 859	2 075	2 057	2 098	1 838	1 950	1 869	1 751
Schwerverletzte	Anzahl	319	331	367	380	306	258	414	332	259
Pkw - Insassen	Anzahl	913	946	1 081	1 081	1 177	824	1 038	1 016	920
Fußgänger	Anzahl	552	587	657	617	731	502	576	556	515
	Anzahl	162	169	180	176	146	131	192	149	125
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	47 397	47 037	37 590	38 864	40 940	37 579	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	939	874	838	1 038	919	785	...
Telegramme	1 000	51	40	46	41	42	38	40	40	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1157 930	1102 849	1159 714	1208 212	1335 652	1224 963	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1159 690	1086 771	1149 556	1209 553	1319 591	1231 871	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	21 274	21 914	27 253	22 887	21 779	23 392	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	24 823	24 171	26 070	29 381	28 467	32 025	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 087	1 089	1 090	1 104	1 107	1 108	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	973	975	976	992	993	995	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen 1)											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	23 842	24 312	24 502	27 521	27 610	28 301	28 480	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	22 590	26 265	23 540	24 026	24 223	27 329	27 413	28 110	28 305	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 693	5 941	5 890	6 895	6 755	7 207	7 191	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 550	5 731	5 716	6 713	6 620	6 970	6 963	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	143	210	175	182	135	237	227	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	2 991	3 049	3 043	3 457	3 501	3 547	3 502	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 725	2 777	2 740	3 106	3 149	3 150	3 070	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	266	272	303	351	352	397	432	
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	14 856	15 035	15 290	16 977	17 156	17 357	17 611	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	11 431	11 571	11 733	13 036	13 185	13 269	13 480	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 425	3 464	3 557	3 941	3 971	4 088	4 131	
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	21 581	21 478	22 059	24 202	24 809	24 494	24 567	
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 547	7 331	7 808	8 846	9 466	9 222	9 388	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	6 123	6 025	6 440	7 462	7 798	7 634	7 829	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 424	1 306	1 368	1 384	1 669	1 588	1 559	
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 578	12 688	12 787	13 845	13 828	13 752	13 657	
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 805	7 854	7 901	8 560	8 547	8 494	8 440	
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	641	648	793	663	698	647	707	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	536	553	700	667	721	743	807	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	19	18	17	6	12	17	12	
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	2 974	3 196	2 013	1 642	4 610	8 175	18 598	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	2	-	-	1	2	2	
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 739	1 643	1 600	1 496	1 643	1 434	1 571	
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	5 039	4 947	5 323	5 045	4 593	3 818	4 873	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	418 964	623 593	391 652	379 542	498 312	758 870	470 538	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	260 153	456 559	177 829	208 745	317 163	561 519	308 084	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	221 592	150 461	143 247	163 165	271 653	193 021	224 008	
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	94 349	-	-	-	97 172	-	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	4 718	212 431	25 808	19 529	7 898	240 971	52 228	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	1 816	5 030	6 163	2 463	3 632	2 801	7 802	
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	32 027	88 637	2 611	23 588	33 980	124 726	18 046	
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	29 452	-	-	-	16 432	-	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	158 811	167 034	213 823	170 797	181 149	197 351	162 454	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	121 918	130 506	126 326	129 604	116 604	139 164	126 031	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	36 893	36 528	87 497	41 193	64 545	58 187	36 423	
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 761	113 995	104 978	108 086	89 775	108 844	94 144	89 541	
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	4 534	5 206	12 351	5 782	11 669	10 055	4 861	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	105 320	88 383	91 058	77 829	90 899	70 602	76 450	
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	59 376	37 526	38 399	38 912	67 296	38 443	40 080	
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	24 389	1 570	1 492	1 718	27 055	1 883	1 869	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	25 630	24 432	26 626	26 564	26 670	24 885	27 531	
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	5 101	6 735	6 436	5 713	6 144	6 949	7 485	
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	277 239	.	.	.	312 401	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	10 430	.	.	.	9 924	.	
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	35 874	.	.	.	38 719	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	193 730	.	.	.	219 186	.	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	14 881	.	.	.	17 309	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	334 223	416 687	357 072	330 693	369 722	473 076	366 222	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	114 236	202 876	77 080	91 584	139 012	250 380	134 285	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	103 241	108 584	139 001	112 428	116 426	128 196	105 597	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	2 751	249	32 905	36 906	5 440	356	36 799	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	252 625	330 087	224 309	244 558	297 272	380 913	293 395	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	114 236	202 861	77 056	90 305	138 523	248 452	133 375	
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	76 262	89 451	75 949	78 435	86 013	93 662	83 141	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	2 751	249	32 905	36 906	5 440	356	36 799	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	326 051	.	.	.	371 045	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	124 603	.	.	.	132 748	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	117 939	.	.	.	145 083	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerabgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Löhne und Gehälter											
Arbeiter											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	.	.	318	336	
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	.	.	347	367	
* Facharbeiter	DM	335	364	.	.	369	389	
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	.	.	335	355	
Hilfsarbeiter	DM	262	287	.	.	294	310	
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	.	.	210	222	
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	.	.	199	211	
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	.	.	7,22	7,76	
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	.	.	7,71	8,26	
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	.	.	8,21	8,74	
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	.	.	7,45	8,01	
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	.	.	6,48	7,03	
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	.	.	5,22	5,64	
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	.	.	4,90	5,30	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	.	.	44,0	43,3	
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	.	.	45,0	44,4	
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	.	.	40,3	39,4	
Angestellte											
Bruttomonatsverdienste											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	.	.	1 696	1 933	
* männlich	DM	1 388	1 517	.	.	1 531	1 714	
* weiblich	DM	1 672	1 824	.	.	1 839	2 077	
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	.	.	1 197	1 306	
* männlich	DM	1 783	1 932	.	.	1 950	2 174	
* weiblich	DM	1 835	1 989	.	.	2 007	2 220	
* weiblich	DM	1 248	1 358	.	.	1 371	1 468	
im Handel, Kredit und Versicherungen											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	.	.	1 170	1 347	
* männlich	DM	1 046	1 150	.	.	1 161	1 323	
* weiblich	DM	1 379	1 504	.	.	1 513	1 721	
* weiblich	DM	824	915	.	.	926	1 018	
in Industrie und Handel zusammen											
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	.	.	1 448	1 657	
* männlich	DM	1 189	1 301	.	.	1 313	1 472	
* weiblich	DM	1 521	1 657	.	.	1 668	1 874	
Technische Angestellte	DM	917	1 013	.	.	1 023	1 115	
* männlich	DM	1 767	1 910	.	.	1 927	2 140	
* weiblich	DM	1 820	1 968	.	.	1 983	2 189	
* weiblich	DM	1 228	1 331	.	.	1 346	1 428	
Öffentliche Sozialleistungen											
Soziale Krankenversicherung ¹⁾											
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 127	1 124	1 126	1 107	1 108	1 107	1 108	
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	675	672	672	675	675	673	673	
Rentner	1 000	361	366	367	367	368	368	369	370	371	
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	4,2	4,7	4,4	5,3	5,5	5,0	4,9	
Männer	%	4,9	5,0	4,5	4,8	4,5	5,4	5,6	5,2	5,1	
Frauen	%	4,6	4,6	4,1	4,4	4,0	4,9	5,3	4,7	4,6	
Arbeiterrentenversicherung ²⁾											
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	396 289	393 848	395 070	404 546	409 462	412 422	413 086	
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	124 624	121 731	122 849	139 172	143 277	143 983	159 961	
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe											
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	6 498	6 946	6 231	6 816	7 027	6 224	6 203 ^{p)}	
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	5 581	5 944	5 221	5 806	6 011	5 272	5 269 ^{p)}	
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	
Kriegsopferversorgung											
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	153	.	.	.	150	.	
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 496	38 433	38 117	41 027	40 579	41 623	41 401	

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 ^p	61 604	61 632	61 672
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 ^p	33 097 ^p	44 690 ^p	39 233 ^p	34 362 ^p	31 828 ^p	38 856 ^p	41 968 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 ^p	59 338 ^p	63 472 ^p	61 547 ^p	56 374 ^p	53 359 ^p	55 336 ^p	54 176 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 ^p	57 040 ^p	60 229 ^p	56 890 ^p	61 598 ^p	59 990 ^p	59 338 ^p	57 446 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 ^p	2 298 ^p	3 243 ^p	4 657 ^p	- 5 224 ^p	- 6 631 ^p	- 4 002 ^p	- 3 270 ^p
Arbeitslose	1 000	185	246	231	208	190	287	241	211	201
Männer	1 000	101	141	123	108	100	169	128	105	100
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	.	.	20 070	20 332	.	.	20 436
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	281	329	277	283	293	288	278
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 988	2 172	2 031	1 936	1 978	2 149	2 017
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 538	8 340	8 327	8 321	8 320	8 348	8 347	8 352	8 353
Beschäftigte	Mill. Std.	977	934	921	941	952	973	916	969	904
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	46 919	49 668	47 097	49 057	51 255	56 902	52 818	57 313	54 921
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 166	9 950	9 344	9 764	10 264	12 262	11 095	12 369	11 596
Auslandsumsatz										
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	175	172	169	177	188	184	186 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	175	171	169	179	189	184	186 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	173	169	168	175	186	182	184 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	232	214	196	266	264	234	223 ^p
Bergbau	1962 = 100	102	94	97	94	91	98	96	93	89 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	178	175	174	180	192	188	191 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	199	196	201	209	220	219	224 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	173	169	169	175	188	183	189 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	175	166	161	173	184	174	168 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	146	148	150	154	142	141	155	153	155 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	172	178	171	131	166	174	171 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 393	8 688	8 643	9 221	7 732	8 328	7 165
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201	8 154	8 877	8 843	9 810	9 113	9 570	9 615
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 505	2 676	2 794	3 154	2 940	3 142	2 887
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 363	3 501	3 806	4 302	3 853	4 171	3 788
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 475	2 640	2 728	3 212	2 770	3 226	2 821
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	21 849	21 458	20 054	26 571	24 532	23 450 ^p	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	6 946	6 633	6 366	8 059	7 395	7 475	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 544	1 533	1 552	1 564	1 544	1 486	1 517	1 530	1 533
Beschäftigte	Mill. Std.	213	210	219	236	237	189	202	231	218
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	5 586	6 170	4 883	5 484	6 254	5 076	5 138	5 607	6 053
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)										
Baugenehmigungen	Anzahl	58 785	64 039	66 688	63 798	75 178	65 900	59 029	68 245	...
Wohnungen										
Handel										
Einzelhandel	1962 = 100	188	204	189	199	195	219	218	221	214
Umsatz										
Großhandel	1970 = 100	...	111	104	111	112	128	120	130	123
Umsatz										
Gastgewerbe	1962 = 100	148	158	155	167	164	166	164	181	177
Umsatz										
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	10 339	11 175	11 200	12 358	11 608	13 048	12 024
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	11 697	12 490	12 435	14 686	14 179	15 870	13 640
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 357	1 316	1 234	2 328	2 571	2 822	1 616

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
- Eisenbahn	1970 = 100	92	93	88	90	93	97	91
- Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	106	107	115
- Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	93	93	100	104	101
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
- Eisenbahn	1970 = 100	100	103	104	96	104	97	102
- Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	104	104	105	111	98	108	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	40 292	45 767	40 840	40 791	42 715	44 673	44 934	45 033	46 227 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	594 686	681 676	614 790	621 646	631 165	699 767	703 969	708 750	717 915 ^P
- Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	490 915	569 672	509 964	516 290	524 433	585 294	589 288	593 563	602 034 ^P
- Öffentliche Haushalte	Mill. DM	103 771	112 004	104 826	105 356	106 732	114 473	114 681	115 187	115 881 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	501 359	565 845	511 763	517 804	523 054	578 928	581 700	587 702	588 281 ^P
- Spareinlagen	Mill. DM	230 284	261 673	239 038	240 915	243 119	263 693	263 739	263 150	261 952 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	132,9	150,5	152,5	155,4	153,3	163,9	164,1	150,4	146,6
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	80,4	79,4	80,4	79,2	78,7	75,4	73,9	71,2	67,9
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	4 242	3 779	9 418	10 960	4 861	4 677	11 984
- Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	3 580	3 366	3 461	3 775	4 122	4 216	4 634
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	3 752	4 272	3 559	3 633	3 893	4 599	4 148
- Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 643	2 644	2 510	2 471	2 655	2 669	2 188
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 587	2 516	2 453	2 574	2 651	2 635	2 758
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	108,6	110,6	112,5	124,8	124,9	125,6 ^P	122,5 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	118,6	119,7	120,5	131,9	131,5	133,8	137,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	115,3	115,6	115,7	121,4	122,2	122,8	123,4
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	.	174,6	.	.	.	188,5	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	.	126,9	.	.	.	132,0	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	130,4 ^r	137,9	136,1	136,5	137,4	145,2	146,3	147,2	148,2
- Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	121,8 ^r	129,3	126,8	127,4	129,1	137,0	139,0	140,4	141,6
- Kleidung und Schuhe	1962 = 100	122,8 ^r	130,4	129,1	129,4	129,7	137,5	138,6	139,5	140,1
- Wohnungsmiete	1962 = 100	173,1 ^r	183,1	181,3	181,9	182,3	191,2	191,8	192,7	193,2
- Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	135,5 ^r	143,7	141,1	140,9	141,0	153,3	151,5	152,2	154,5
- Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	120,7 ^r	126,4	125,6	125,8	126,3	131,7	131,6	132,2	132,5
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	125,4 ^r	133,3	132,2	132,4	132,6	141,3	142,3	142,5	143,4
- Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	150,1 ^r	159,8	157,9	158,7	159,3	168,0	169,4	170,6	171,3
- Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	136,4 ^r	142,3	141,3	141,6	141,9	148,3	149,2	149,5	150,1
- Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	126,8 ^r	132,2	130,5	130,7	131,0	136,9	137,4	137,8	139,6
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	130,4 ^r	137,9	135,9	136,5	137,4	145,4	146,7	147,8	148,7
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
- Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	116,5
- Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	119,5
Bruttostundenverdienste										
- Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	119,5
- Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	120,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
- Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	97,6
- Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	99,0

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baugrubenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Leichte Zunahme der Fremdenübernachtungen im 1. Halbjahr 1973

Der rheinland-pfälzische Fremdenverkehr war im 1. Halbjahr 1973 stärkeren Nachfrageschwankungen als im Vorjahr unterworfen, wobei sich allerdings am Ende dieses Zeitraums eine relativ geringe Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1972 abzeichnete. Die Zahl der Fremdenübernachtungen stieg insgesamt um 1,5%, während die Zahl der beherbergten Gäste um 1,9% zurückging. Zu diesem Ergebnis trug die Verringerung der Zahl der ausländischen Gäste um 2,0% und deren Übernachtungen um 6,8% maßgeblich bei. Bei den 286 für die langfristige Beobachtung der Fremdenverkehrsentwicklung erfaßten Gemeinden wurden innerhalb des Berichtszeitraums 1,3 Mill. Gäste, davon 232 000 Ausländer, und 4,9 Mill. Übernachtungen, davon 531 000 Übernachtungen ausländischer Gäste, registriert.

Im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Jahres 1972 nahm der Fremdenverkehr im Januar, April und Juni dieses Jahres stark zu, während er im Februar, März und Mai den Vorjahresstand nicht erreichte. Der Entwicklungsvorlauf von Januar bis Juni wurde jedoch vom üblichen saisonalen Aufwärtstrend geprägt.

Die Fremdenverkehrsgebiete Rheinhessen, Rheintal und Hunsrück/Nahe/Glan waren vom Rückgang der Übernachtungszahl ausländischer Gäste besonders stark betroffen. Trotzdem stieg die Gesamtzahl der Übernachtungen hier mit + 2,4 bzw. + 2,5% stärker als im Landesdurchschnitt. Das Fremdenverkehrsgebiet Westerwald/Lahn/Taunus hatte mit einer Zuwachsrate von + 4,4% eine relativ günstige Entwicklung aufzuweisen. Am unteren Ende dieser Reihe stand mit - 0,6% das Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr.

Innerhalb der einzelnen Gemeindegruppen wurden stärkere Schwankungen beobachtet. Die Luftkurorte (396 000 Übernachtungen, + 6,5%), die Großstädte (600 000 Übernachtungen, + 5,8%) und die Erholungsorte (827 000 Übernachtungen, + 4,9%) konnten ihren Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1973 gegenüber dem 1. Halbjahr 1972 überdurchschnittlich ausweiten. sr

Weniger Unfälle mit Verkehrstoten nach Einführung von Tempo 100

In Fortführung der Abflachung der Unfallkurve, die bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres einsetzte, kam es im ersten Halbjahr 1973 zu einer Stagnation des Unfallgeschehens auf den rheinland-pfälzischen Straßen. Während die Sachschadens-Unfälle mit 0,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur geringfügig anstiegen, war bei den Personenschadens-Unfällen ein Rückgang um den selben Prozentsatz zu beobachten. Dabei nahmen die Unfälle mit Schwerverletzten um 4,8% am stärksten ab. Aber auch tödliche Unfälle wurden weniger häufig registriert (- 1,4%). Im Gegensatz dazu erlebten die schweren Sachschadens-Unfälle wieder einen erheblichen Anstieg (+ 10,7%), welcher aber noch unter dem der vorausgegangenen Jahre lag, obwohl hier die stark gestiegenen Reparaturkosten zu berücksichtigen sind.

Die Zahl der Verkehrstoten erreichte in dem beobachteten Zeitraum bei weiter steigendem Kraftfahrzeugbestand (+ 6,3%) mit 538 wieder die gleiche Höhe wie in der ersten

Jahreshälfte 1972, eine Entwicklung, die in hohem Maße von den Personenkraftwagen bestimmt wurde. So ging die Zahl der getöteten Insassen von Personenkraftwagen, die über die Hälfte der Gesamtzahl der Getöteten ausmachten, um 8,1%, die der Schwerverletzten sogar um 9,1% zurück. Da dieser neue Trend bereits im November 1972 einsetzte und sich in der ersten Hälfte dieses Jahres mit Unterbrechungen, die jedoch überwiegend darauf zurückzuführen sind, daß der Oster- und Pfingst-Urlaubsverkehr zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzte, fortsetzte, kann bereits jetzt auf eine positive Auswirkung der im Oktober 1972 eingeführten generellen Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 Kilometer pro Stunde auf Außerortsstraßen, die nicht mit mehreren Fahrstreifen ausgerüstet sind, geschlossen werden. Dies gilt jedoch nicht für die Zweiradfahrer, die weiterhin sehr stark gefährdet sind. So erhöhte sich die Zahl der tödlich verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern im gleichen Zeitraum um 56,0%, die der Moped- und Mofa-Fahrer um 11,8% und die der Radfahrer sogar um 60,7%. mc

Jeder zweite Verurteilte ein Verkehrssünder

Rund 44 000 Personen standen 1972 aufgrund einer Anklage wegen Verbrechen und Vergehen vor rheinland-pfälzischen Gerichten. In 38 937 Fällen (89%) führte die Verhandlung zu einer rechtskräftigen Verurteilung. Freigesprochen wurden 4% der Beschuldigten.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtkriminalität des Jahres 1972 (1 367 auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung) eine Zunahme um annähernd 3% erfahren. Ein etwa gleicher Anstieg ergab sich bei der Erwachsenenkriminalität. Stärker war die Zunahme bei den Heranwachsenden (4,6%), wesentlich geringer dagegen bei den Jugendlichen (0,6%), welche den zehnten Teil der Verurteilten stellten.

In der Rangfolge der Häufigkeit standen wiederum die Vergehen im Straßenverkehr mit knapp der Hälfte aller geahndeten Delikte an erster Stelle. Annähernd jeder dritte Verurteilte wurde wegen eines Vermögensdeliktes belangt. Körperverletzung außerhalb eines Unfallgeschehens führte bei jedem fünften Angeklagten zu einem Schuldspruch. Wegen Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt hatten sich 2,3% der Verurteilten zu verantworten. Sittlichkeitsdelikte begingen 1,2% der Verurteilten. Zumeist gegen Jugendliche und Heranwachsende wurden die 367 Schuldsprüche wegen Vergehen gegen das Opiumgesetz gefällt. Mord und Totschlag war in 35 Fällen der Grund zur Verurteilung. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die vorgenannten deliktspezifischen Anteile nicht wesentlich verschoben.

Bei gut 16% der nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Straftäter (33 499) erkannten die Gerichte auf Freiheitsstrafe, welche in mehr als der Hälfte der Fälle zur Bewährung ausgesetzt wurde. 15% betrug der Anteil der nach Jugendstrafrecht Verurteilten (5 438), bei welchen der Schuldspruch auf Jugendstrafe lautete. Geldstrafe wurde in 28 000 Fällen einer Verurteilung nach allgemeinem Strafrecht verhängt. Von insgesamt 7 883 angeordneten Maßnahmen der Sicherung und Besserung betrafen 7 845 die Entziehung einer Fahrerlaubnis.

Jeder dritte Verurteilte war bereits einmal oder mehrmals vorbestraft. zi

Mainz - bedeutendster Handelsplatz

Der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz setzte im Jahre 1970 knapp 9,5 Mrd. DM um, was einer Zunahme gegenüber 1968 um 28,1% entsprach. Von 1967 auf 1968 wurde die Umsatz-tätigkeit stark von der damaligen Rezessionsphase beeinflusst. Nahezu ein Drittel des Umsatzes entfiel nunmehr allein auf die Nahrungs- und Genußmittelbranche.

Je Einwohner wurden im Jahre 1970 insgesamt 2 569 DM umgesetzt, wobei die kreisfreien Städte mit 4 228 DM dieses Ergebnis um 64,6% übertrafen. Entsprechend errechnete sich für die Landkreise nur ein Durchschnitt von 1 941 DM (— 24,4%). Die Stadt Mainz lag mit knapp 800 Mill. DM an der Spitze der Verwaltungsbezirke. Bezogen auf die Einwohner rangierte Koblenz nach Landau auf Platz zwei mit weitem Abstand vor Trier und Mainz. Der Vergleich von Unternehmens- und Betriebsergebnissen zeigt, daß der Einzelhandel der Stadt Mainz am stärksten von nichtortsan-sässigen Handelsunternehmen abhängig ist. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 249.

Kommunale Steuereinnahmen stiegen im 1. Halbjahr 1973 langsamer

Das Aufkommen an kommunalen Steuern nahm im ersten Halbjahr 1973 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 17,4% auf 618 Mill. DM zu. Im einzelnen erbrachten die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 443 Mill. DM (+ 20,0%), die Grundsteuer 83 Mill. DM (+ 4,5%) und die Lohnsummensteuer 37 Mill. DM (+ 15,0%). An Grund-erwerbsteuer flossen den kreisfreien Städten und Landkreisen Einnahmen von 46 Mill. DM (+ 21,5%) zu. Im Rahmen des Steuerverbundes erhielten die Gemeinden aus dem Einkommensteueraufkommen 177 Mill. DM, während sie 100 Mill. DM als Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abführten. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen beliefen sich damit auf 695 Mill. DM (+ 17,5%). Die Zuwachsrate gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ging im zweiten Quartal 1973, erstmals seit Anfang 1972, deutlich auf + 13,8% zurück. Im ersten Quartal hatte sie noch + 22,1% erreicht. Diese Entwicklung wurde wesentlich vom Gewerbesteuerauf-kommen bestimmt, dessen Steigerungsrate von + 27,6% im ersten Quartal 1973 auf + 13,1% im zweiten Quartal zurückging. Obwohl daraus noch keine eindeutige Tendenz hergeleitet werden kann, ist zu bedenken, daß die Gewerbe-steuer als besonders konjunkturrempfindlich gilt.

Die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände (ohne Verbandsgemeinden) zeigten sich bei Investitionen und Kreditaufnahmen weiterhin zurück-haltend. Die Ausgaben für eigene Baumaßnahmen stiegen zwar im ersten Halbjahr noch um 3,0% auf 399 Mill. DM an, aber im zweiten Quartal war bereits ein absoluter Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zu be-obachten. Die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen für Bauinvestitionen wurde im ersten Halbjahr auf 40 Mill. DM (— 28,0%) eingeschränkt. Die Nettoneuverschuldung (Kredit-aufnahme abzüglich Tilgung) blieb in der ersten Jahreshälfte mit 197 Mill. DM leicht unter dem vergleichbaren Vorjahres-volumen. Allerdings war der Schuldenstand am 30. Juni 1973 mit 3 619 Mill. DM noch immer um 15,6% höher als ein Jahr zuvor. ly

Zurückhaltung der größeren Gemeinden und Landkreise bei Bauinvestitionen und Kreditaufnahmen

Die unbereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Landkreise, die rund zwei Drittel des Finanzvolumens der kommunalen Gebiets-körperschaften repräsentieren, stiegen 1972 gegenüber dem Vorjahr um 12,4% auf 3 396 Mill. DM. Die unmittelbaren Ausgaben, die den Umfang der Aufgabenerfüllung durch die jeweiligen Gebietskörperschaften erkennen lassen, beliefen sich auf 3 125 Mill. DM (+ 11,7%). Gegenüber den beiden Vorjahren hat sich das Wachstum der Ausgaben 1972 spür-bar abgeschwächt. Das Gewicht der Verwaltungs- und Zweckausgaben nahm weiter zu, sie erhöhten sich um 16,7% auf 1 792 Mill. DM. Dabei hielt sich der Anstieg der Personal-ausgaben mit + 13,5% auf 766 Mill. DM noch in Grenzen. Der Aufwand für die sozialen Leistungen ist dagegen sprung-haft angewachsen. Auch die Zinsausgaben nahmen weit überproportional um 21,3% zu. Insgesamt beanspruchte der Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) 359 Mill. DM. Sein Anteil an den unmittelbaren Ausgaben stieg damit wieder auf 11,5%, nachdem er 1971 leicht zurückgegangen war.

Nach dem kräftigen Investitionsstoß von 1971 erhöhten sich die Ausgaben für Baumaßnahmen im vergangenen Jahr nur noch geringfügig auf 798 Mill. DM (+ 2,4%). Nur im Krankenhausbau wurde das Investitionsvolumen nochmals erheblich um 21,5% auf 62 Mill. DM ausgeweitet. In den übrigen großen Investitionsbereichen (Schulwesen, Straßen-bau, öffentliche Einrichtungen) trat sogar ein absoluter Rückgang ein.

Die Einnahmestruktur entwickelte sich in Anbetracht der inzwischen erreichten Schuldenlast recht günstig. Bei einem Anstieg der unbereinigten Gesamteinnahmen um 14,5% auf 3 400 Mill. DM nahm die Schuldenaufnahme am Kredit-markt nur um 2,8% auf 612 Mill. DM zu. Dagegen brachte der größte Block eigener kommunaler Einnahmen, die Steu-ern sowie Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, mit 1 617 Mill. DM einen um 19,0% höheren Mittelzufluß. Aus der dritten großen Einnahmequelle, dem Finanzausgleich, erhiel-ten die größeren Gemeinden und Landkreise Zuweisungen von Bund und Land in Höhe von 721 Mill. DM (+ 16,9%). ly

Über 87 Mill. DM für Jugendhilfemaßnahmen 1972

Im Berichtsjahr wurden 22 227 Amtspflegschaften erfaßt, während die Zahl der unter Pflegeaufsicht stehenden Minder-jährigen und die der Amtsmündel - sie sind seit der Reform des Nichteheleichenrechts erheblich zurückgegangen - nur 2 846 bzw. 6 033 ausmachte. Bei den Erziehungsmaßnahmen fallen etwa zwei von drei Minderjährigen unter die Form der Freiwilligen Erziehungshilfe; 644 (37%) sind durch ge-richtliche Anordnung in Fürsorgeerziehung eingewiesen wor-den. Unter den 4 468 Einrichtungen waren 1 559 für Kinder bestimmt (1971: 1 494).

Die Ausgaben für Jugendhilfemaßnahmen stiegen um 17% auf 87 Mill. DM. Für Kindertagesstätten wurden allein 27 Mill. DM ausgegeben (1971: 22 Mill. DM). Die Träger der freien Jugendhilfe erhielten für diesen Zweck 17 Mill. DM. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 257.

Soeben ist in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz erschienen

Band 219

DAS GASTSTÄTTEN- UND BEHERBERGUNGSGEWERBE IN RHEINLAND-PFALZ 1968

Umfang 191 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 10,50

Die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1968 — Bereich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe —, welche hier umfassend veröffentlicht wurden, sind für Landesregierung, Landkreise und Gemeinden als Planungsunterlagen für die Fremdenverkehrspolitik von erheblichem Wert. Sie ermöglichen darüber hinaus auch der beteiligten Wirtschaft und der Wirtschaftsforschung einen tiefen Einblick in die Unternehmens-, Beschäftigten- und Kapitalstruktur sowie die regionale Verteilung dieses Wirtschaftsbereichs.

Dieser Band wird von der Öffentlichkeit auch deshalb ungeduldig erwartet, weil tiefgegliederte funktionale und regionale Strukturzahlen wegen des großen Finanzaufwandes für Totalzählungen nur in größeren Zeitabständen anfallen.

Wegen des großen Umfangs werden die Ergebnisse für den Bereich Handel in einem getrennten Band (218 "Der Handel in Rheinland-Pfalz 1968"), der außerdem eine ausführliche Abhandlung über die rechtlichen und methodischen Grundlagen der Zählung enthält, etwa gegen Ende dieses Jahres erscheinen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.